

# Sattler-Tapezierer- und Portefeuille-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-Tapezierer- u. Portefeuille-Verbandes

Erscheint wöchentlich. Bezugspreis pro Vierteljahr 90 Pfennig.  
Bestellung bei allen Postämtern. Mitglieder kostenfrei.

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Michaelkirchstr. 14 II  
Fernsprecher: 37 Jannowitz 2120

Anzeigen die dreifachspalt. Zeitspalt 1 Mt. Aufnahme nur bei vor-  
herg. Gebühreneinbarung auf Postfach 11502, Post-  
fachamt Berlin. Rabatt wird nicht gewährt. Redaktionsf. Freitag

## Wie lange noch Wirtschaftskrise?

Die Dauer einer Wirtschaftskrise hängt davon ab, wann die im Kapitalismus schlummernden Kräfte, deren Wirksamwerden den Konjunkturschwung herbeiführt, zur Entfaltung gelangen. Diese Kräfte sind in der Hauptsache der fallende Zinssatz, der sinkende Warenpreis und damit im Zusammenhang stehend, die steigende Ausfuhr. In der Wirtschaftskrise erfährt die Investitionstätigkeit der Industrie eine starke Einschränkung. Man verzichtet darauf, die Leistungsfähigkeit der einzelnen Werke durch Neueinstellung von Maschinen oder Erweiterung der Anlagen zu vergrößern, da ja die noch vorhandenen nicht einmal voll ausgenutzt werden können. Neugründungen von Unternehmen finden aus den gleichen Gründen so gut wie gar nicht mehr statt. Das alles führt zu einer Minderung der Nachfrage nach Geld und demzufolge zum sinkenden Geldpreis, zum sinkenden Zinssatz. Solange die fallende Zinssendenz anhält, ist diese Bewegung ein Ausdruck sehr verschärfender Wirtschaftskrise. Auf einem gewissen Tiefpunkte angelangt, entfaltet jedoch der Zinssatz seine Heilwirkungen. Ein Einfamilienhaus zum Preise von 12 000 Mk. erbaut, erfordert bei einem 10proz. Zinssatz eine jährliche Verzinsungssumme von 1200 Mk., im Monat von 100 Mk. Bei einem Zinssatz von 2 Proz. hingegen sinkt der erforderliche Zinsbetrag auf 240 Mk. im Jahr oder 20 Mk. im Monat. Eine entsprechende Ermäßigung der Mieten, die fast ausschließlich von der Höhe des Zinsfußes abhängen, wird dadurch ermöglicht und so neue Kaufkraft geschaffen.

Das zur Funktion des Zinssatzes in der Wirtschaftskrise. Nun zu den heutigen Verhältnissen. In allen Ländern sind die Zinssätze sehr stark gesunken; auch in Deutschland, wo der Reichsbankdiskont von 7 Proz. im April 1929 bis auf 4 Proz. im Oktober 1930 fiel. Dann erfolgte nach den Reichstagswahlen im vergangenen Jahre plötzlich die Erhöhung des Reichsbankdiskontsatzes von 4 auf 5 Proz. Der Grund für diese Maßnahme ist währungsrechtlicher Natur. Infolge des Währungsfallens kündigte ein großer Teil der ausländischen Kreditgeber keine in Deutschland kurzfristig angelegten Guthaben, und Milliarden deutschen Kapitals flüchteten ins Ausland. Die aus der deutschen Wirtschaft auf diese Weise herausgezogenen Beträge mußten von der Reichsbank in Gold oder in ausländische Währung (Devisen) umgetauscht werden, wodurch die Gefahr entstand, daß der in Deutschland umlaufende Betrag an Banknoten nicht mehr zu 40 Proz. durch Gold oder Devisen gedeckt gewesen wäre. Das aber verlangt das deutsche Bankgesetz als Garantie für die Stabilität unserer Währung. So war dem einliegenden Devisenabfluß nur durch eine Erhöhung des Zinssatzes zu steuern. Diese währungspolitische Notwendigkeit mußte aber auf die Wirtschaftskonjunktur verhängnisvoll wirken. Der Weg zum stark gesunkenen Zinssatz wurde unterbrochen und der Krisenweg verlängert. Einer nachträglichen Herabsetzung des Zinsfußes steht das mangelnde Vertrauen des in- und ausländischen Geldbesitzes in eine ruhige Entwicklung der deutschen Wirtschaft entgegen. Vertrauen zur deutschen Wirtschaft ist heute nahezu identisch mit Vertrauen zur deutschen Politik. Dorthin wiederum schlagen die Krisenzustände im ökonomischen Unterbau ihre unruhigen Wellen, so daß für die nächste Zeit von der Seite des Zinssatzes her eine Entspannung der Wirtschaftskrise nicht zu erwarten ist.

Der zweite Faktor der Krisenüberwindung ist der stark gesenkte Warenpreis. In allen früheren Krisen führten die gewaltig gestiegenen Lagerbestände zu einer Verschärfung des Konkurrenzkampfes, in dessen Verlauf die Preise stark sanken. Erst sehr viel später

und lange nicht in dem Ausmaße wie die Preise, sanken dann die Löhne. Dadurch stieg die heimische Kaufkraft, zumal große Bevölkerungsschichten (Staatsbeamten) überhaupt von Einkommensminderungen verschont blieben. Für die jetzt tobende Wirtschaftskrise gelten die alten Erfahrungsregeln nicht mehr. Der freie Konkurrenzkampf ist durch mehr als 3000 Kartelle ausgeschaltet. Diese machen die Preislenkung nicht nur unmöglich, sondern stellen sie sogar unter Strafe. Hinzu kommen noch einige mächtige Einzelunternehmungen, die infolge ihrer Monopolstellung durch keine Konkurrenz mehr zu Preislenkungen gezwungen werden. Eine generelle Auflösung der bestehenden Kartellverträge ist das letzte Mittel, das der Politik hier zur Verfügung steht. Ob seine Anwendung den gewünschten Erfolg zeitigen würde, steht dabei immer noch in Frage, denn das kleine Kartellmitglied kann eine Außenleiterstellung kaum wagen und der mächtige Kartellteilnehmer hat am Bestehen der Preisbindung das größte Interesse, da er jederzeit das Kartell, wo nach der wirtschaftlichen Macht abgestimmt wird, zu sprengen in der Lage ist, das aber wohlweislich unterläßt. Durch die Monopolunternehmungen ist eine Preisstarre eingetreten, die den Weg zu Kaufkraftsteigerungen versperrt. Sie über eine gewaltig vorgehende Kartellpolitik oder einen radikalen Übergang zum Freihandel, also durch Aufrechterhaltung der Konkurrenz von außen her, zu brechen, fehlen für den Augenblick und auch für die nächste Zukunft alle Voraussetzungen in den politischen Kräfteverhältnissen.

Wird als letztes noch die Hoffnung auf den Auslandsmarkt, der sich in den Wirtschaftskrisen der Vorkriegszeit auch stets als Ventil erwies. Das industrielle Zentrum des Vorkriegs Europa bestand im wesentlichen aus England, Deutschland und Belgien. Es war eingebettet in eine mächtige agrarische Umgebung. Frankreich, Holland, die nordischen Staaten, Rußland, die Balkan- und die Donaustaaten und Italien, das alles waren vorwiegend Landwirtschaftsstaaten. Sie wurden von der Krise nicht in dem Maße berührt wie die Industrieländer; ihre Kaufkraft war nur geringen Schwankungen ausgesetzt. Da aber im industriellen Zentrum die Preise stark gefallen waren, so sahen sich die Agrarländer in den Stand gesetzt, mehr Industrieerzeugnisse kaufen zu können und so zur Überwindung der Wirtschaftskrise beizutragen. Heute ist dieses Ventil verstopft. Als die Agrarstaaten während des Krieges keine fremden Industrieerzeugnisse bekommen konnten, schufen sie eigene Industrien oder bauten schon vorhandene aus. Holland steigerte von 1913 bis 1930 seine Steinkohlenförderung von 2 auf 12 Millionen Tonnen. Die durch den Kriegsausgang neu-entstandenen Staaten umgaben sich mit Hochschußpölvällen und züchteten dahinter eigene Industrien hoch. Polen und die Tschechoslowakei sind dafür lebendige Beispiele, und Italien machte diese Bewegung im schicksalhaften Größenwahn mit. Rußland tappte sich durch ein Außenhandelsmonopol, also durch Ein- und Ausfuhrverbote von der übrigen Welt ab. So ist auch heute vom Auslandsmarkt her eine Überwindung der Wirtschaftskrise nicht mehr zu erwarten.

Das alles zeigt, daß wir es diesmal mit einer Krise von ganz ungewöhnlich langer Dauer, vielleicht sogar mit einer chronischen Erscheinung zu tun haben. Die Arbeiterkraft hat allen Grund, mehr denn je zusammenzuhalten, um zu verhindern, daß ihr alle Lasten der Krise aufgebürdet werden. Sie hat aber auch die Aufgabe, die Kräfte zu wecken, die einmal die Träger der kommenden sozialistischen Wirtschaftsordnung sein werden, nachdem der Kapitalismus so schmachlich versagt hat.

## Verfrühte Hoffnung.

In Zeiten anhaltender Stagnation und dauernden Rückgangs der Geschäftstätigkeit pflegt jedes auch nur zeitweilige Abweichen von der Linie des Niedergangs mit besonderer Aufmerksamkeit und Anteilnahme entgegengenommen zu werden. Allzu leicht ist man bereit, unter Vernachlässigung der unerminderten bestehen bleibenden Krisensymptome in jeder günstigeren Nachricht das erste Anzeichen der so lang ersehnten Besserung der Wirtschaftslage zu erblicken. So war für viel Wirtschaftsberichte das Steigen der Aktienkurse und die etwas lebhaftere Umsatztätigkeit an der Berliner Börse bereits die Befähigung, daß endlich der Tiefstand der Krise überschritten und die erste Etappe des Aufstiegs erreicht sei. Diese Hoffnungen müssen jedoch leider bei näherer Betrachtung als verfrüht angesehen werden. Denn alle für eine Beurteilung der Wirtschaftslage in Betracht kommenden Vergleichspunkte, wie Beschäftigungsgrad, Produktionshöhe, Wägenstellung der Reichsbahn, Preise und Zinsen zeigen ein Anhalten der Krisenercheinungen und zwar in unermindelter Stärke. Die Zahl der Arbeitslosen ist im Monat Januar um weitere 381 000 auf 4 765 000 angewachsen und die Berichte der Gewerkschaftsverbände weisen einheitlich einen weiteren Rückgang der Beschäftigung auf. In der Saisongruppe ist die Arbeitslosigkeit von 64,3 auf 72,8 Proz. gegen Ende Januar angestiegen, so daß nur noch 17,2 Proz. der Gewerkschaftsmitglieder beschäftigt sind, ein Tiefstand, der weder in den vorausgegangenen Krisen noch während der Kältekatastrophe Frühling 1929 zu verzeichnen war. Um mehr als 50 Proz. liegt die Ziffer der Arbeitslosen gegenwärtig über dem Stand des Vorjahres. Die arbeitstädtige Wägenstellung der Reichsbahn ging von 104 700 in der ersten Januarwoche auf 102 400 in der ersten Februarwoche zurück. (123 400 im Vorjahr.) Der Diskontsatz beträgt in Deutschland noch immer 5 Proz. gegen 2 Proz. in Paris und New York und 3 Proz. in London. An einer Herabsetzung des während der Wahlkrisis erhöhten deutschen Diskontsatzes ist vorläufig jedenfalls nicht zu denken.

Von der internationalen Geldflüssigkeit ist also der deutsche Geldmarkt noch unberührt geblieben, obwohl der große Unterschied im heimischen gegenüber dem ausländischen Zinsniveau das Hereinströmen kurzfristiger wie langfristiger Mittel hätte anregen müssen. Eine gewisse Hoffnung, daß die Flüssigkeit der ausländischen Geldmärkte, vor allem des französischen, der deutschen Wirtschaft in Zukunft mehr als bisher zugute kommen werde, kann vielleicht daraus abgeleitet werden, daß inzwischen nach allerdings sehr langwierigen Verhandlungen der Reichszwischenkredit zustande gekommen ist, durch den die Finanzierung der von Reich an die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte verkauften Reichsbahnvorzugsaktien ermöglicht wurde. Infolgedessen erhält das Reich noch vor Ende März 119,5 Millionen Reichsmark zu einem Satz von 6½ Proz. ausbezahlt, von denen auf das französische und das amerikanische Bankentfortium je etwa 32 Millionen, auf das schweizerische 25,2 auf das holländische und das schwedische je etwa 8,4 Millionen Reichsmark entfallen. Der Kredit läuft bis Ende 1932 und ist bis dahin von der Reichsversicherungsanstalt in Raten abzudecken. Die Aussicht auf langfristige Auslandskapitalien ist jedoch nicht sehr günstig, da der Geldflüssigkeit auf den internationalen Märkten keine entsprechende Flüssigkeit auf den Kapitalmärkten entspricht, was deutlich aus dem sehr viel höheren Zinssatz für langfristige Kapitalien in der ganzen Welt hervorgeht. Im Januar konnten auf dem deutschen Kapitalmarkt nur 28,5 Millionen Anleihen gegeben werden, von denen allein 20 Millionen Mark auf die Ausgabe von Schatzanweisungen der Stadt Frankfurt a. M. entfielen.

Fr. B.

# Hermann Müller †

Am 20. März starb nach schwerer Krankheit der langjährige Führer der Sozialdemokratischen Partei, Genosse Hermann Müller, im Alter von 54 Jahren. Die gesamte Arbeiterschaft verliert in dem Verstorbenen einen ihrer besten Kämpfer und Freunde.

Am 18. Mai 1876 in Mannheim geboren, kam Hermann Müller sehr früh zur Arbeiterbewegung. Die damaligen Führer der Sozialdemokratie, August Bebel und Paul Singer, erkannten recht bald die Bedeutung des jungen Genossen, und so wurde Hermann Müller bereits im Jahre 1906 als Sekretär in den Parteivorstand berufen. Im Jahre 1919 war er Außenminister im Kabinett Bauer und unterzeichnete mit Dr. Well den Friedensvertrag von Versailles. Dadurch hat er sich den besonderen Hoch und die niedrigsten Verleumdungen der nationalstolischen Feinde der jungen Republik Deutschland zugezogen. 1920 unternahm Hermann Müller als Reichskanzler die Bildung des ersten Kabinetts Müller, dem leider nur ein kurzes Dasein beschieden war. Dann folgte eine Reihe Jahre eifriger Tätigkeit an der Spitze der Sozialdemokratischen Partei.

Nach der Reichstagswahl im Jahre 1923 übernahm er das zweite Kabinett Hermann Müller bis zu dessen Rücktritt im Frühjahr 1930. Diese letzten Ereignisse sind ja noch frisch im Gedächtnis aller Kollegen.

Neben Friedrich Ebert war es besonders Hermann Müller, der die große Bedeutung der Erhaltung der Republik für die Ausbreitung des Sozialismus rechtzeitig erkannte und seine Kraft in den Dienst derselben stellte. Alle Angriffe und Beschlagnahmen, die dem Proletariat, dem Handlungsgeschäft zugesagt wurden, haben ihn nie an seiner aufopfernden Pflichterfüllung irre werden lassen.

Mit dem Genossen Hermann Müller verliert die Sozialdemokratie und mit ihr die gesamte Arbeiterschaft einen ihrer besten und fähigsten Führer. Annähernd ein Vierteljahrhundert hat er an verantwortlicher Stelle in der Parteileitung sein Bestes gegeben für die Arbeiterklasse und die Demokratie. Sein Name wird in unseren Reihen unvergessen bleiben.

Die Produktion gerade der großen Wirtschaftszweige hat in den letzten Wochen ihre sinkende Tendenz beibehalten. Nach den neuesten Berechnungen stieg der industrielle Produktionsindex (1928 = 100) im Dezember auf 78,9 gegenüber einem Index von 80,0 im Dezember des vorausgegangenen Jahres. Im Durchschnitt des Jahres 1930 ergibt sich ein Produktionsindex von 85,8, d. h. gegenüber 1928 ein Rückgang um 16 Proz. Im Steinkohlenbergbau haben sich die Haldbestände wieder erhöht. Auch die Braunkohlenindustrie liegt mit Ausnahme des Rheinischen Reviers über Abfahrtdrängung und legt die Verzögerung der Belegfahrten fort. Im Ruhrkohlenbergbau betrug die Zahl der wegen Abfahrtsmangel eingeleiteten Feiertage in der ersten Februarwoche 49 420 gegen 20 873 zu Beginn des Jahres. Die arbeitsfähige Kohlenförderung ging von 334 400 Tonnen in der ersten Januarwoche auf 295 600 Tonnen in der ersten Februarwoche zurück, liegt somit um etwa 100 000 Tonnen unter dem Stand der Förderung zur entsprechenden Zeit des Vorjahres. Auch die Lage der Eisen- und Stahlindustrie zeigt keinerlei Besserung. Die Rohstahlerzeugung, die Januar vorigen Jahres arbeitsfähig noch 49 100 Tonnen betrug, hatte Januar 1931 nur noch eine Höhe von 29 700 Tonnen gegen 31 000 Tonnen im Dezember 1930. Die Erzeugung von Rohstahl ging Dezember 1930 gegen Dezember 1929 um 0,5 Millionen Tonnen von 1,1 Millionen Tonnen auf 0,6 Millionen Tonnen zurück. Die Wirkung auf den Eisenmarkt, die nach der Senkung der Eisenpreise zu verspüren war und zu einer stärkeren Aufhebung der Lager bei den Händlern führte, ist nicht von Dauer gewesen und hat infolge des geringen Ausmaßes der vorgenommenen Eisenpreiserhöhung keine anhaltende Abfliegerwirkung bringen können. Auch in der Maschinenindustrie haben sich die Absatzverhältnisse im Inland weiter verschlechtert, während sich der Auftragsbestand aus dem Ausland, vor allem für Spezialmaschinen, im Januar bessern konnte. Doch ging auch in diesem Monat sowohl die durchschnittliche Wochenarbeitszeit wie die Zahl der Belegschaft weiter zurück. Nach einem Bericht des Vereins Deutscher Maschinenbauer ist die Leistungsfähigkeit der deutschen Maschinenindustrie gegenwärtig nur zu einem Sechstel ausgenutzt. In der chemischen Industrie hat nach wie vor die Rumpfindustrie unter großen Absatzschwierigkeiten zu leiden, während andere Abteilungen, wie Photobedarf, Arzneimittel usw., weniger stark vom Produktionsrückgang ergriffen sind. Auch in der elektrotechnischen Industrie, die lange Zeit bis tief in die Krise hinein einen verhältnismäßig günstigen Produktionsstand beibehalten konnte, gingen die Auftragsgänge zurück. Sehr schlecht ist die Lage der Holzindustrie, in der gegenwärtig 60 Proz. aller Arbeiter ganz oder teilweise arbeitslos sind. Auch die Lage der Zellstoff- und Glasindustrie hat sich nicht verändert. In der Textilindustrie ist die Lage uneinheitlich. Infolge der Ausverkäufe konnte sich die Nachfrage in der Konfektionsindustrie und in der Tuch- und Baumwollindustrie zeitweilig bessern, doch letzte bereits Ende Januar ein Nachlassen der Aufträge ein. Klein die geringe Vorratbildung beim Einzelhandel vermag Ausschüßen zu bieten, doch die Produktion wichtiger Konsumartikel in nicht allzu langer Ferne ausgezehrt werden muß.

Für die Lage der Landwirtschaft spielen die öffentlichen Subventionen eine ständig größere Rolle. In der Reichstagsdebatte über die Wirtschaftspolitik

wurde darauf hingewiesen, daß für die Landwirtschaft jährlich aus Steuermitteln und Konsumentenopfern 3 1/2 bis 4 Milliarden aufgewandt werden, so daß die deutsche Oeffentlichkeit mehr als ein Drittel des gesamten Produktionswertes der Landwirtschaft in Form von Subventionen beisteuert. Die Gesetzentwürfe über die deutsche Osthilfe, die inzwischen die Zustimmung des Reichskabinetts und der preussischen Staatsregierung gefunden haben, sehen allein für die Umschuldung der Landwirtschaft die Bereitstellung von 870 Millionen Mk. vor, und zwingen darüber hinaus dem Reich weitgehende und sicherlich verlustbringende Bürgschaften auf. So bedeutet das Osthilfeprogramm ebenfalls einen weiteren Schritt in der angegebenen Richtung nachher Subventionen für die Landwirtschaft. Hinzu kommt, daß gerade jetzt wieder der Landwirtschaftsminister neue Agrarzölle anfordert, so Zollermäßigungen für Getreide und landwirtschaftliche Veredelungsprodukte (vor allem Butter), Zoll-erhöhungen für Hülsenfrüchte und die Erweiterung des Einfuhrzollensystems. Mit Recht wurde darauf hingewiesen, daß diese Pläne mit Sicherheit zu einer Aufhebung der Handelsverträge mit Italien und Spanien und mindestens zu einer Gefährdung der Verträge mit Frankreich und Holland führen müßten und so eine untragbare Belastung des deutschen Industrieerwerbs darstellten. Begriffsicherweise hat die Vorlage des Reichsernährungsministers, die zwar noch hinter den Vorschlägen der „Grünen Front“ zurückbleibt, bei fast allen verknüpfenden Wirtschaftspolitikern heftigen Widerstand gefunden und bereits zu einer Eingabe selbst des Reichsverbandes der deutschen Industrie an den Reichstanzler geführt. Die wirkliche Sanierung der deutschen Landwirtschaft ist nicht auf dem Wege einer ständigen Erhöhung der Agrarzölle zu finden, sondern allein durch Steigerung der Produktivität und Verbesserung der landwirtschaftlichen Absatztechnik.

Die Schwumpfung des deutschen Außenhandels hat sich auch im Januar fortgesetzt. Wenn man die Einfuhrseite von den Zollabrechnungen beseitigt, so ergibt sich ein Einfuhrüberschuss Januar 1931 gegenüber Dezember 1930 um 96 Millionen Mk. (885 Millionen gegen 681 Millionen). Der Ausfuhrüberschuss ging zur gleichen Zeit von 222 Millionen Mk. im Dezember auf 60 Millionen im Januar 1931 zurück. Dieser bedeutende Ausfuhrverlust entfällt fast ausschließlich auf den Rückgang der deutschen Fertigwarenausfuhr, bei Eisenwaren um 16 Millionen und Textilien um 14 Millionen. Der Rückgang der Einfuhr betrifft zu 46 Proz. die Einfuhr von Rohstoffen und Halbwaren, zu 34 Proz. von Lebensmitteln und zu 20 Proz. von Rohstoffen.

Der Konzentrationsprozeß konnte in der Schiffahrt durch Einziehung der Reederei Hamburg-Süd in die Interessengemeinschaft von Sapag-loyd weitere Fortschritte machen. Am 31. März trat der Vertrag über das Ruhrkohlenyndikat ab, ohne daß es bisher zu einer Verständigung unter den Syndikatsmitgliedern kam. Ob es wiederum zu einer Zwangsverlängerung des Syndikatsvertrages durch das Reichsjustizministerium kommen wird, ist zweifelhaft. Jedenfalls sollte sich in einer Zeit, deren Tendenzen auf Preisabbau gehen müßten, das Reichsjustizministerium zu einem Neubau des Syndikats nur seine Hand bieten, wenn der öffentlichen Kontrolle ein größerer Spielraum eingeräumt wird.

## Arbeiter und Buch.

Goethes Todestag, der 22. März, wird seit einigen Jahren in Deutschland als „Tag des Buches“ gefeiert. Anreger und Organisator dieser Feiern ist die berufliche Interessengruppe des deutschen Buchhändlers, der „Börseverein der Deutschen Buchhändler zu Leipzig“. Den Veranstaltungen, die unter Förderung von Reichs-, Landes- und Kommunalbehörden stattfinden, liegt der Gedanke zugrunde, das Verhältnis zwischen Volk und Buch intimer zu gestalten. Aus diesem engeren Verhältnis verpricht sich der Buchhandel größere Absatzmöglichkeiten; der Sinn der Feiern ist also eine großartige Werbung für das Buch aus geschäftlichen Interessen.

Der diesjährige „Tag des Buches“ steht unter dem Motto „Frau und Buch“. Uns interessiert mehr das Verhältnis des Arbeiters zum Buch, selbstverständlich unter Einbeziehung der arbeitenden Frau.

In der Arbeiterbewegung setzt sich immer mehr die Erkenntnis durch, daß einer ihrer Grundpfeiler die Bildungs- und Schulungsarbeit ist. Das Buch ist aber für die Bildungsbestrebungen so unerlässlich wie das Blut für den lebenden Organismus. Es ist nicht nur unentbehrliches Unterrichtsmittel an den Bildungsinstituten, es ist geradezu unerlässlich da, wo eine schulmäßige Erziehung des Arbeiters und Funktionärs unmöglich ist. Wenn die Arbeiterbewegung heute auch über eine große Anzahl eigener Bildungsanstalten verfügt und auf andere maßgebenden Einflüsse ausübt, so ist doch der Kreis der Funktionäre, die einen Kursus in diesen Instituten durchlaufen können, verhältnismäßig klein. In diesem Kursus kann ihnen auch bestenfalls das Gerüst einer Ausbildung für ihre besonderen Aufgaben gegeben werden. Für die Vervollkommnung, Vertiefung und Weiterbildung des übernommenen Wissens gibt es kein anderes Mittel als Selbststudium an Hand von Literatur. Auf diesem Weg sind aber ohne weiteres die breiten Massen der Arbeiterschaft einzig und allein angewiesen. Das Buch ist das Bildungsmittel, dessen Wirken weder räumliche noch zeitliche Grenzen gezogen sind, das heißt also, es gibt die Möglichkeit, Wissen und Können unabhängig von einer an Institute gebundenen Betätigung bis in das abgelegenste Dorf hinauszutragen.

Daraus erhellt die enorme Bedeutung des Buches für die Arbeiterklasse, daraus ergibt sich aber auch, daß die Arbeiterorganisationen der literarischen Produktion, der literarischen Beratung der Arbeiterschaft und der Literaturvermittlung ihre ganze Aufmerksamkeit zuwenden müssen. Aus diesem Grunde sollte auch jeder Gewerkschaftsfunktionär (nicht nur der mit der Bildungsarbeit beauftragte) dem Buche und dessen Verbreitung alles Interesse entgegenbringen und sich für die Mitarbeit zu diesem Zwecke zur Verfügung stellen.

Die für die Gewerkschaftsbewegung wichtigsten Schriften werden natürlich in eigenen Verlagen herausgebracht. Die innige tausendfältige Verflochtenheit der Arbeiterbewegung mit der gesamten geistigen Kultur bedingt aber auch eine enge und unlösliche Verbundenheit mit der gesamten literarischen Produktion, in der sich ja unser geistiges Leben widerspiegelt. Es ist deshalb durchaus angebracht, daß wir uns auch mit den bedeutendsten Vorgängen innerhalb des Buchhandels befassen.

In den offiziellen Veranstaltungen anläßlich des „Tag des Buches“ wurde immer die Frage der Preisgestaltung im Buchhandel angeschnitten. Man würde sich um den Nachweis, daß die Bücherpreise nicht hoch, daß sie im Gegenteil im Vergleich zur Vorkriegszeit wesentlich gesunken seien. Es soll hier nicht unterzucht werden, wieviel diese Behauptungen unter Zugrundelegung der gegebenen Verhältnisse zutreffen und inwieweit die Preisfestsetzung zurückbleibt hinter den Möglichkeiten, die die fortgeschrittene Technik bietet. Die Herausgabe einer Anzahl guter Bücher zu niedrigem Preise zeigt, daß die Erkenntnis bei führenden Verlegern sich Bahn bricht. Die Lastfrage bleibt bestehen, daß das Buch für weite Kreise der Arbeiterschaft heute noch relativ zu teuer ist. Es ist ferner nicht abzuleugnen, daß die Bücherpreise bei besserer Organisation des Buchhandels niedriger sein könnten. Wenn heute die materiellen Herstellungskosten des Buches plus Autorenhonorar nur etwa 25 bis 30 Proz. des Verkaufspreises betragen, der Rest von 70 bis 75 Proz. Gewinn darstellt, von dem der Ebenanteil auf den Kleinhändler entfällt, so stimmt etwas nicht im Buchhandel. Der Weg, den das geistige Gut vom Schöpfer zum Aufnehmenden zurücklegt, muß irgendwo mit unnötigen Hindernissen verstopft sein.

Wenn es dem Buchhandel gelingt, diese Hindernisse — die für jeden starbenden Berufständigen auf der Hand liegen — aus dem Wege zu räumen und durch bessere Verkaufsorganisation die Bücherpreise zu senken, wenn das Buch auch für den wirtschaftlich schwachen Arbeiter kein Luxusgegenstand mehr ist, dessen Erwerb er mit Entbehrungen erkauft muß, dann wird nicht nur der „Tag des Buches“, dann wird die Epoche des Buches gekommen sein, eine Epoche, in der nicht nur eine kleine begüterte Schicht, sondern die Massen des Volkes an den Gütern der Kultur teilhaben werden.

# Betrieb und Wirtschaft

## Das Betriebsrätewesen in der Praxis.

Was die Gewerbeaufsichtsbeamten Neues darüber zu berichten wissen.

**Betriebsrätewahlen 1931 erfordern stärkste Aktivität.**

Bei dem Studium der neuen Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten in bezug auf das Betriebsrätewesen ist folgendes festzustellen:

Nach all dem Material, was vorliegt, ist zu ersehen, daß auf dem Gebiete des Betriebsrätewesens eine gewisse Stetigkeit eingetreten ist. Nach wie vor liegt das Schwergewicht des Betriebsrätewesens in den größeren Betrieben. So sind fast in allen größeren Betrieben, in denen vor allem auch die organisierte Arbeiterschaft überwiegt, Betriebsvertretungen vorhanden. Dagegen läßt die Wirksamkeit des Betriebsrätewesens in den kleinen Betrieben immer noch sehr viel zu wünschen übrig. Leider stehen die kleinen Betriebe, vor allem wieder die kleinen Betriebe mit vorwiegend unorganisiertem und weiblicher Belegschaft dem Betriebsrätegedanken, wenn auch nicht ablehnend, so doch gleichgültig gegenüber.

Ein derartiger Zustand kann die freie Arbeiterschaft nicht befriedigen. Bei den kommenden Betriebsrätewahlen ist wieder Gelegenheit geboten, gegen diese so unerfreulichen Verhältnisse vorzugehen. Die Propaganda muß sich mehr als bisher auf die kleineren Betriebe erstrecken. Nur so, indem ganz intensiv auf die Belegschaften der kleinen Betriebe eingewirkt wird, wird die Zahl der Klein- und Mittelbetriebe, die ohne jegliche Betriebsvertretung sind, kleiner werden.

Bei den kommenden Betriebsrätewahlen darf vor allem auch nicht das flache Land mit der Bearbeitung vergessen werden. Auf dem Lande ist die Zahl der Betriebe ohne eine Betriebsvertretung noch ganz besonders groß.

In den Fabrikbetrieben und gewerblichen Unternehmungen sind allerdings die Verhältnisse in bezug auf das Vorhandensein von Betriebsvertretungen immer noch bedeutend besser als in den Angestelltenbetrieben. Hier ist es keine Seltenheit, daß Angestelltenbetriebe mit 100 und mehr Angestellten ohne eine Betriebsvertretung sind. Den freien Angestelltenbetriebe erwächst also nach dieser Richtung ebenfalls noch ein großes Betätigungsfeld.

Bei den Angestellten ist es vor allem das Gefühl, daß sie mit dem Arbeitgeber noch in einer gewissen Verbundenheit stehen, das das Zustandekommen von Angestelltenvertretungen hemmt. Wenn auf dem Lande und in den gewerblichen Kleinbetrieben ebenfalls noch so viele Betriebsvertretungen fehlen, so muß als Ursache ebenfalls das patriarchalische Verhältnis, das dort zwischen Arbeiter und Arbeitgeber herrscht, berücksichtigt werden.

Nach den Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten zu urteilen, sind in zahlreichen Betrieben Betriebsvertretungen vorhanden, die schon seit mehreren Jahren stillschweigend ohne Wiederwahl ihres Amtes wählten. Bei den kommenden Betriebsrätewahlen sind diese Betriebe ganz besonders auf die Notwendigkeit einer Neuwahl hinzuweisen. Betriebsvertretungen ohne rechtliche Fundierung sind praktisch wertlos, ihre Handlungen, es sei hier nur an das Einpruchsverfahren erinnert, sind ungültig.

Die Tätigkeit um die zahlenmäßige Erweiterung der Betriebsvertretung darf nicht erlahmen. Es geht hier um Wahrnehmung wichtiger Interessen der Arbeitnehmerhaft. Und die Tätigkeit lohnt sich.

Nach einer vom Ortsausschuß Leipzig des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes durchgeführten Zählung sind die Betriebe in Leipzig mit Betriebsvertretungen von 857 im Jahre 1928 auf 1043 im Berichtsjahr, d. h. um 21,7 Proz., gestiegen.

Die Steigerung ist letzten Endes auf eine intensive Aufklärungsstätigkeit zurückzuführen.

Durch die Gewerbeaufsichtsbeamten ist des öfteren auf die Bildung von Wahllokalen hingewirkt worden. Aber trotzdem kam es dann in vielen Fällen immer noch nicht zu einem Zustandekommen einer Betriebsvertretung. Und zwar, weil entweder die Wahlmänner ihrer Verpflichtung nicht nachkamen, oder die Gewählten aus Bequemlichkeit und auch um Unannehmlichkeiten zu entgehen, das Amt nicht annahmen. Also das Klassenbewußtsein läßt bei vielen Arbeitnehmern noch vieles zu wünschen übrig.

Ueber die Tätigkeit der Betriebsvertretungen kann im allgemeinen Nachteiliges nicht gesagt werden. Notwendig könnte auch so manche Betriebsvertretung Besseres leisten. Dort, wo die Betriebsvertretungen eingearbeitet sind, leisten sie Gutes. Dies trifft vor allem auf die Betriebsvertretungen zu, die bereits mehrere Jahre hintereinander im Amt sind.

So berichten die Gewerbeaufsichtsbeamten, daß die Betriebsräte bei Einstellung und Entlassung von Ar-

beitnehmern sehr sachlich arbeiten. Auch ihre Mitwirkung bei den Stilllegungsverhandlungen wird anerkennend hervorgehoben. Der Unfallschutz findet bei den Betriebsräten steigende Beachtung. In vielen Einzelfällen wurden wertvolle Vorschläge für Schutzvorrichtungen gemacht. Im übrigen wird die Zusammenarbeit zwischen Betriebsräten und Gewerbeaufsichtsbeamten auch die Betriebsräte immer mehr bei der Betriebskontrolle heran, es wird ihnen so Gelegenheit geboten, Wünsche und Vorschläge zu äußern. Die Betriebsvertretungen in den Kleinbetrieben könnten allerdings bei dieser Gelegenheit etwas mehr aus sich herausgehen, so vor allem stärker die Mängel zur Sprache bringen.

Abschließend kann gesagt werden: Die Jahre zeigen immer mehr, daß dort, wo Betriebsräte vorhanden und tätig sind, sich diese auch bewährt haben. Sie könnten natürlich bei weitem noch Besseres leisten, wenn ihnen mehr Rechte zuständen. Das Betriebsrätewesen heißt es darum weiter auszubauen. Dieser Ausbau wird aber um so schneller geschehen, der Staat diesem Drängen nachgeben muß, je umfassender das bisherige Recht aus dem Betriebsrätegesetz von der Arbeiter- und Angestelltenchaft ausgeschöpft wird. Nach dieser Richtung gilt es daher noch ganz besonders tätig zu werden.

## Gesetzliche Maßnahmen gegen die Abwälzung des Betriebsrisikos auf die Arbeiter.

Der Sinn und Zweck jedes laufenden Arbeitsverhältnisses ist, dem Arbeiter die Möglichkeit zu geben, von dem voraussehbaren Ertrag seiner Arbeit leben zu können. Hierauf allein ist es auch zurückzuführen, daß z. B. für bestimmte Arbeitergruppen, wie die Angestellten oder die Schwerbeschädigten oder die Betriebsräte, gesetzliche Sicherungen in Form von zwingenden Kündigungsfristen oder in Form der Beschränkung des Entlassungsrechtes des Arbeitgebers geschaffen worden sind. Wenn man den materiellen Inhalt des Arbeitsverhältnisses und die Entlassungssicherungen streng voneinander trennt, dann haben letztere weitgehend ihren Sinn verloren, da die Fiktion der Aufrechterhaltung eines Arbeitsverhältnisses allein niemals eine Existenzsicherung gewährleisten kann. Dies ist vielmehr nur dadurch möglich, daß eben auch ein entsprechendes laufendes Einkommen in voraussehbarer Höhe gewährleistet wird.

An sich stehen die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches der vorstehend wiedergegebenen Rechtsauffassung nicht entgegen. Der § 615 des Bürgerlichen Gesetzbuches wird zwar überwiegend für abdingbar gehalten, aber soweit er nicht im Tarifvertrag oder durch Betriebsvereinbarung oder im Arbeitsvertrag abgedungen ist, gilt an sich die geschulterte Rechtslage. Das erkennt jedoch das Reichsarbeitsgericht nicht an. Nach der von ihm erfindenen sozialen Arbeits- und Betriebsgemeinschaft sollen die Arbeiter trotz Weiterbestehens des Arbeitsverhältnisses durch Verzicht auf ihren Lohn für die Erhaltung des Bestandes eines kapitalistischen Betriebes eintreten. In allen Fällen von Betriebsstörungen prüft das Reichsarbeitsgericht, ob man dem Arbeitgeber zumuten kann, den Lohn für den Arbeitszeitausfall zu tragen. Es wendet bei feiner Rechtsprechung nicht den § 615 des Bürgerlichen Gesetzbuches an, der positiv die Tragung des Betriebsrisikos durch den Arbeitgeber regelt, sondern vielmehr die Hilfsbestimmung des § 242 des Bürgerlichen Gesetzbuches über Treu und Glauben und die Verkehrsstille. Darüber hinaus versuchen die Arbeitgeber in Tarifverträgen, Betriebsvereinbarungen und in Arbeitsverträgen sich das einseitige Anordnungsrecht von Kurzarbeit und Aussetztagen zu sichern. Durch all dies ist es nun soweit gekommen, daß auch die in einem Arbeitsverhältnis stehenden Arbeiter trotz desselben und trotz bindender Kündigungsfristen und sonstiger Schutzmaßnahmen keinerlei Entkommensmöglichkeit mehr haben. Diese unhaltbaren Zustände haben den Vorständen des ADGB und des IFA-Bundes Veranlassung gegeben, folgende Forderung zu erheben:

Der § 615 des Bürgerlichen Gesetzbuches erhält folgende Fassung:

„Bietet der Dienstverpflichtete seine Dienste an und kann der Dienstberechtigte von dem Arbeitsangebot keinen Gebrauch machen, so behält der Dienstverpflichtete den Anspruch auf das Entgelt, das er verdient hätte, wenn die Dienstleistung vollzogen worden wäre.“

Der Anspruch besteht unabhängig davon, auf welchen Umständen die Nichtannahme des Arbeits-

angebots beruht und ob sie der Dienstberechtigte zu vertreten hat.

Der Anspruch kann nicht durch Vertrag ausgeschlossen oder beschränkt werden.“

Diese Forderung ist inzwischen von der Reichstagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands als Antrag Nr. 722 am 6. Februar 1931 im Reichstag eingebracht worden. Hiermit soll die soziale Arbeits- und Betriebsgemeinschaft, die das Reichsarbeitsgericht erfunden hat, wogegen sich auch heute noch die gesamte arbeitsrechtliche Wissenschaft, also nicht allein die Gewerkschaften, wenden, wieder beseitigt werden. Der kapitalistische Unternehmer, der den Profit einstreichen kann, muß auch das Betriebsrisiko allein tragen, andernfalls hat, wie Professor Dr. Luß Richter dies in der „Arbeitsrechts-Praxis“ zum Ausdruck brachte, die kapitalistische Wirtschaftsordnung ihre moralische Grundlage verloren. Weil wir jedoch nicht der Meinung sind, daß sich die kapitalistischen Unternehmer sehr viel um Moral sorgen werden, muß der Gesetzgeber nachhelfen.

Durch die erhobene Forderung soll folgender Rechtszustand erreicht werden: Es soll nicht mehr möglich sein, die Lohnansprüche von Arbeitern bei Betriebsstörungen dadurch zu beseitigen, daß gegen den Willen der Arbeiter behauptet und von den Arbeitsgerichtsbehörden anerkannt wird, man könne dem Arbeitgeber diese Lohnzahlung nicht zumuten. Vielmehr hat der Arbeitgeber auch die Arbeitsverträge unter allen Umständen zu erfüllen. Es soll auch nicht mehr möglich sein, daß in Tarifverträgen, Betriebsvereinbarungen und Arbeitsverträgen im voraus für die ganze Dauer eines Arbeitsverhältnisses zugelassen wird, daß der Arbeitgeber einseitig Aussetztagen und Kurzarbeit anordnen kann. Dagegen ist es nach wie vor möglich, die wirtschaftlichen Interessen eines Betriebes zu berücksichtigen, indem von Fall zu Fall für eine bestimmte Zeit entweder im Tarifvertrag oder durch Betriebsvereinbarung oder im Arbeitsvertrag vereinbart wird, daß die Arbeiter für eine bestimmte Zeit ihre Dienste nicht anbieten. Was ausgeschaltet werden soll, ist allein die Beseitigung von Lohnansprüchen gegen den Willen der Arbeiter und die einseitige Anordnung von Kurzarbeit und Aussetztagen. Auch die Arbeitgeber können sich dieser Forderung nicht mit objektiven Gründen verschließen, denn gerade sie legen so außerordentlichen Wert auf die Einhaltung von Verträgen. In dem bekannten Rubensreitreit haben ja auch die Arbeitgeber den Grundsatz: „pacta sunt servanda“ (Verträge sind einzuhalten) sehr stark hervorgehoben und gerade damit ihren Kampf gegen den Zwangstarif für die nordwestliche Gruppe des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller begründet. Was aber den Arbeitgebern recht ist, muß den Arbeitern billig sein.

## Ende der berufsüblichen Arbeitslosigkeit am 28. März 1931.

In einem Erlass über das Ende der berufsüblichen Arbeitslosigkeit im Winter 1930/31 gibt der Reichsarbeitsminister Dr. Siegelmann bekannt:

„Für die Berufe und Gewerbe, in denen eine regelmäßig wiederkehrende Arbeitslosigkeit nach der Anordnung des Verwaltungsrats der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 18. Dezember 1928 in der Fassung vom 18. November 1929 im ganzen Reichsgebiet als berufsüblich anzusehen ist, wird das Ende der berufsüblichen Arbeitslosigkeit im Winter 1930/31 auf den Ablauf des 28. März 1931 festgesetzt.“

Veröffentlicht im „Deutschen Reichsanzeiger und Preussischen Staatsanzeiger“ Nr. 59 vom 11. März 1931.

## Rechtsaustunft.

### Berufung in einer Anwaltsache.

Gegen den ablehnenden Bescheid der Berufsgenossenschaft wegen des Betriebsunfalles kann innerhalb einer Frist von einem Monat Berufung beim Oberversicherungsamt eingelegt werden. Auf Antrag des Klägers oder seiner Hinterbliebenen muß ein bestimmter Arzt gutachtlich gehört werden. Das Oberversicherungsamt kann diese Anhörung von der Bedingung abhängig machen, daß der Antragsteller die Kosten vorschleift und, falls das Oberversicherungsamt nicht anders entscheidet, sie endgültig trägt. Im Regelfall wird das Oberversicherungsamt, wenn der Kläger obliegt, die Kosten zurückzahlen lassen.



# Grün sind Familien



## Die „Goas“.

Eine wahre lustige Geschichte aus Bayern von Hans Kahof-Ferstl.

„Herrn Stefan Reiserer in Notkirchen!“

Zum allerletzten Mal mach ich Sie hiermit aufmerksam, daß Sie die restliche Schuld von 160 Mk. innerhalb acht Tagen zu bezahlen haben, widrigenfalls ich erbarungslos die gerichtliche Pfändung veranlassen werde. Alois Hupfaut.

Mit viel Müh und Plag hatte der Steffl diese Zeilen zusammenbuchstabiert, wobei ihm die Schweißperlen auf die Stirne traten. Raslos schaute er nach seinem Weibe.

„Was tun?“ — Die Kathrin fuhr sich mit dem Schürzenzipfel über die Augen.

„Wo soll'n mir dös viele Geld hernehma!“ jammerie sie. „Daß der Mensch dös gaa net e'fiehgt! Grod z'grund richt'n mech' er uns. Wenn er uns die oanzige Kuah aa no nimmt, nacha lönnä mer alle zwoa am Bettl geh.“

„Dö Kuah kriagt er net, um toan Preis net!“ entschied aufs bestimmteste der Steffl. „Soviel i vom Recht vofteh, derf er's uns aa net nehma. I frag oba zur Vorsicht liaba no 'n Kramer Pauli, der is eh a halbeta Kofal und so mir sicher an guatn Rat geb'n. Tua di no net freuziga, Alte“, beschwichtigte er sein Weib, „i komm glei wieder.“

Der Kramer Pauli fühlte sich riesig geschmeichelt, daß man in solcher verzweiflungsvollen Lage bei ihm Trost und Zusucht suchte. Er liest den Brief mehrmals durch und sagt dann ganz gelassen: „Dieser Herr Alois Hupfaut ist doch ein großes Rindviech! Kannst ganz ruhig sei“, Steffl, der kann dir gaa nig macha. Ich kenn ja bei' ganz hauswesen und hob a's ganze Inventar im Kopf. Was du hast, brauchst für di und bei' Familie zum Leb'n — höchstens die alt Biagn tomst eahm geb'n, aber sonst nig! Die Kuh scho' amal gar net, denn dö is für euch so notwendi', wie d' Luft und 's Wasser. Was der Hupfaut no kriagt für seine Bretter, dös hot er si' hupf' lang g'hoit mit seine Muckerzinsen. Steffl, geh du nur ruhig z'haus, der kann dir nig macha!“

Wie das den Steffl wieder aufrichtete und tröstete.

„Bergel's Gott tausendmal, Pauli!“ sagte er dann und drückte seinem Rechtsbeistand dankerfüllt die Hand. Hierauf trug er den Trost freudigen Herzens heim zu seinem Weibe.

Kaum waren die acht Tage um, kam auch wirklich der Herr Alois Hupfaut mit dem Gerichtsvollzieher angetrückt. Aber so sehr die zwei auch das Häusl durchstöberten, das Unterste zuoberst lehren — umsonst, es war beim besten Willen nichts Pfändbares zu finden. Endlich war es ihnen zu dumm, der Gerichtsvollzieher krateelte, schimpfte und mußte schließlich auch gehen.

Von diesem Tage an verehrte der Steffl den Kramer Pauli wie einen zweiten Salomon. — Einige Wochen vergingen, da kam wieder ein Brief an „Herrn Stefan Reiserer“, aber der Inhalt war diesmal zu dessen Lieberhaltung wesentlich freundlicher. Es hieß da:

„Es würde mich freuen, wenn Sie mich in den nächsten Tagen mal besuchen wollten. Ich habe Ihnen nämlich etwas sehr Angenehmes zu sagen. In der hoffnung, Sie recht bald begrüßen zu können, zeichnet hochachtungsvoll Alois Hupfaut.“

Der Steffl geht mit diesem Brief wieder schnurstracks zum Kramer Pauli. „Was hot iaha dös zu bedeuten?“ fragt er neugierig. Der Kramer Pauli schüttelt nachdenklich den Kopf und zieht einen leisen Pfiff durch die Zähne.

„Steffl“, meint er dann, „jeht halt's schlau sei! Der Fuchs hot was im Sinn. Aber er hot die G'heltheit aa no net mit 'm Köffel a'fress'n. — H' geh tuast zu eahm, daß d' hörst, wie oder was. Aber das eine sag i dir, laß di' ja auf nig ei', und vor allem nichts unterzählen!“

Gut — der Steffl geht in die Stadt und ist ganz überrauscht, wie ihm sein Blutlauger so freundlich die Hand drückt und von der Schuld kein Sterbenswortlein erwähnt. Im Gegenteil, er sagt: „Mein lieber Herr Reiserer, ich habe neulich g'lehrt, daß Sie arm sind, sehr arm. Da müßte ich Ihnen, wie man so

sagt, gerne mal unter den Arm greifen. Ich habe um billiges Geld eine Ziege gekauft, und weil ich nun nicht weiß, was ich mit ihr anfangen soll, schenk ich sie Ihnen, können's gleich mitnehmen.“

Der Steffl horchte auf bei diesen Worten und traute seinen Ohren kaum. Wie — sein Bedrücker und Abwürger will ihm auf einmal helfen? Hat er denn wirklich recht gehört? — Aber dem Herrn Hupfaut war es tatsächlich ernst und bat ihn nochmals, die Ziege mitzunehmen, ohne dafür auch nur die geringste Entschädigung zu verlangen.

Voller Freud kommt der Steffl mit der Ziege heim und erlattet dem Kramer Pauli gleich Bericht. Der drückt das linke Auge schelmisch zu und schmunzelt:

„Ei, ei — also der Herr Alois Hupfaut ist jeht unter die Wohlthäter gegangen, aus dem Saulus ein Paulus geworden?“ lachte er. „Steffl, dö 'Bekehrung' müach mer feiern! Bah amal auf, was i dir jeht soq.“ Dann beugte er sich vor und flüsterte dem Steffl leise was ins Ohr. Der schaut erst drein, als ob er das Zugelüsterete nicht ganz begriffen hätte. Aber dann pafcht er sich mit der Hand aufs Knie, lacht hell auf dazu und ruft eiligst: „Guat, Pauli, so so mach i's — dös gibt a Heh, a Gaudi!“

Am nächsten Tags kam gegen 11 Uhr eine Kalesche ins Dorf gefahren, und mer steigt aus? — Der gute Herr Alois Hupfaut und der — Gerichtsvollzieher.

„So mein Lieber“, sagt Herr Hupfaut zum Steffl, gleich aufs Ziel losgehend, „heut hol'n wir uns die Kuh! Die ist für dich nicht mehr notwendig, du hast ja noch eine Ziege.“

„O mei, dö Goas!“ grinst der Steffl. „Dö liegt drin in de Stub'n, oba —“

„Was ober?“ fiel barfischen Lones der Gerichtsvollzieher ein und stieß die Tür auf.

Nun sah er, wie die ganze Familie einträchtig und fröhlich schmauend beim Mittagssmahle saß.

„No ja — halt dort am Tisch sieq't's, in der Bratpfanna drin“, ergänzte der Steffl seinen Satz. „Und a so a fein's Fleischl hot dös Viecherl! Geh, Alte, laß doch den lieben guatn Herrn a Süäterl kost'n vo' seiner Goas!“

Aber der „liebe gute Herr“ hatte gar kein Verlangen danach, sondern leuchte mit wutstäubender Stimme: „Sie — Sie — ha — ha — ha — haben die — Ziege ge — geschla — schlachtet!“

„No ja — und brat'n! Was häit i denn sunst macha soll'n damit?“ fragt in rührender Einfalt der Steffl.

Nun aber schimpfte, stuchte und räsonierte der überlistete Hupfaut wie ein Kümmelstürke und schoß wie ein Pfeil zum Haus hinaus, der Gerichtsvollzieher hinter ihm drein.

Der Steffl hatte nun vor den beiden seine Ruhe.

## Jugendweihe!

Ein bedeutungsschwerer Tag! Wie oft wird der junge Mensch nach des Elternhauses gebenden und mit besonderer Betonung des Tages, der ihn sinnbildlich aus der Kindheit in die Schar der Erwachsenen erhoben hat. Wie schön kann diese Erinnerung als lichter Schein über die verunkelte Kindheit leuchten und über das Fest, das sie beschloß. Und wie trüb ist sie oft! Ein finsterner Nebel legt sich dann über das Leben im ertelischen „Heim“ und den Tag, der es trönen sollte.

Da sitzen Alttagmenschen niederen Schlags um den Tisch, um nach ihrem Brauche zu feiern. Eifrig werden die Becher gehoben. Im gleichen Verhältnis entwickelt sich die Stimmung. Erst Klatsch und leeres Wih. Danach die Jote, die das Höchste des Lebens in die Klote zieht. Schließlich, wenn der geliebte „Stoff“ seine Rolle vollendet, kommt noch Streit und Pant. Hohe Schimpfworte fliegen. Selbst Lätlichkeiten trennen Nachbarn, Freunde, Verwandte, die gekommen waren, einen bedeutungsollen Tag nach altem Brauch zu feiern. Mit Abscheu denkt der junge Mensch sein Leben lang an die qualmige, von Bierdunst erfüllte Stube, an den selbstgefesselten „seurigen“ Beerenwein, den Stolz des Laubengartens, der so üble Wirkungen hervorgerufen hat. Denkt wie oft daran, wie man ihn selbst an diesem Tage, oft

mit halber Gewalt, zum Trinken genötigt, mit dem ersten Rausch die erste tiefe Beschämung der Selbsterniedrigung in ihm erzeugt hat.

Wie anders dort das Bild: Frohe Menschen, gemächlich um den freundlich geschmückten Tisch geschart. Herzlicher Ernst und freudiges Behagen erfüllen den Raum. Billeleicht hört man eine sinnige Ansprache. Ernste und bessere Vieder aus dem reichen Schatz unserer Volks- und Kampfbildung klingen zur Laute. Fröhliche, nie boshafte, nie gemeine Scherze und Vorträge erhöhen die Laune, geben allen das Gefühl echter Genüßlichkeit. Und geht das Fest zur Reige, dann scheiden alle im Frohgefühl innerlicher Versicherung.

Warum hier so anders? Weil kein Rauschtrant den Festtag verunzigt, in die Tiefe mederer Genüsse hinabgezogen hat. Weil die köstliche Frucht des Obstbaums oder des Beerenstrauchs unvergoren ihre herrlichen Würze, ihren süßen Wohlgeschmack entfalten konnte. Ohne Alkohol wurde hier ein Fest begangen, das ein junges Leben für immer erhoben, mit dankbarer Liebe zu Eltern und Freunden erfüllt hat. Wieviel echte Volkskultur kann im engen Rahmen der Familie gepflegt — und wieviel Lebenswert kann durch Neben am Hergebrachten, durch unbedachte Genüsse für immer zerstört werden! S. R.

## Aus den Versicherungsbedingungen der Volksfürsorge.

Leider haben die ungünstigen Wirtschaftsverhältnisse oft den Entschluß reifen lassen, die Prämienzahlung zur Lebensversicherung einzustellen. Die günstigen Versicherungsbedingungen der Volksfürsorge sehen in diesem Fall automatisch die Umwandlung der Versicherung in eine sogenannte „prämienfreie Versicherung“ vor, wenn die Versicherung mindestens ein Jahr bestanden hat, oder auf Antrag, wenn die prämienfreie Versicherungssumme mindestens 5 Mk. beträgt. — Es soll hierbei gleich eingefügt werden, daß die meisten Versicherungsgesellschaften diesen Vorteil erst nach dreijähriger Prämienzahlung gewähren. — Diese Bestimmungen sollen den vergütungslosen Verfall der bisher gezahlten Prämien verhindern. Das eingezahlte Geld bleibt dadurch zum größten Teil erhalten. Der Versicherungsschutz ist aber stark beeinträchtigt; bei den Versicherungen, zu denen nur kurze Zeit Prämien bezahlt worden sind, hat er praktisch aufgehört. Um den dringend notwendigen Versicherungsschutz in allen diesen Fällen wieder zu erlangen, hat die Volksfürsorge in ihren Versicherungsbedingungen auch die Wiederintraffierung der Versicherungsbedingungen vorgesehen. Diese ist auf Antrag unter Beachtung bestimmter Vorschriften, die sich unter anderem auf Alter und Gesundheitszustand beziehen, möglich. Unser Versicherungsunternehmen hat nun, der augenblicklichen Wirtschaftslage Rechnung tragend, diese Bestimmungen noch vorübergehend in Interesse der Versicherten verbessert. Von der Wiederintraffierung sollte weitest gehend Gebrauch gemacht werden, sobald die Einkommensverhältnisse in der Familie es irgendwie gestatten.

Ausdrücklich betonen möchten wir an dieser Stelle, daß von einer Einstellung der Prämienzahlung zur Lebensversicherung bei der Volksfürsorge möglichst Abstand genommen werden muß. Es sollte immer die zuletzt ergreifene Maßnahme sein, wenn Einkommensverminderungen zu Einschränkungen zwingen. — Alle Kollegen und Kollegen, die noch keine Lebensversicherung abgeschlossen haben, seien bei dieser Gelegenheit nochmals auf unser Versicherungsunternehmen aufmerksam gemacht. Eine Lebensversicherung, zumindest für den Ernährer der Familie, ist immer dringend erforderlich.

## Schwabischer Humor.

Es ist einmal ein Schwab nach Italien gekommen und trank einen trefflichen Wein. Er fragte den Wirt, wie der Wein hieße. „Lacrimae Christi“, das heißt: Tränen Christi“, lautete die Antwort. Darauf der Schwab: „O lieber Herr Jesus, hättest du doch aa a Bißle am Bodefee g'heult!“

Preisabbau im Emdcarwert.

Das Emdcar-Fahrradwert, den Kolleginnen und Kollegen als Eigenunternehmen der freien Gewerkschaften bekannt, tritt in die neue Saison ein mit der Parole: Preisabbau!

Neue Fahrradmodelle sind geschaffen, die den Ansprüchen des Jahres Rechnung tragen. Nicht nur die beliebten Ballonräder sind im neuen Katalog enthalten, sondern auch ein Motorfahrrad, ausgerüstet mit einem Motor der Firma Fichtel u. Sachs, wird angeboten. Die Preise haben eine wesentliche Ermäßigung erfahren.

Daneben stehen die schnell bekannt gewordenen Emdcar-Nähmaschinen. Die stark ermäßigten Preise sorgen dafür, daß die modern ausgestatteten Qualitätsmaschinen für jeden erschwinglich sind. Die bisher nur mit dem Zentralpulsystem ausgestatteten Nähmaschinen sind um ein Schwingmodell ergänzt worden. Der Preis für diese Schwingmodellmaschine ist 157.— M. Wir machen erneut auf die besonderen Vorteile der Emdcar-Nähmaschinen mit Zentralpulsystem aufmerksam: Sie nähern nicht nur vor- und rückwärts, sondern sind auch mit einem mechanischen Transportverleiher ausgestattet, der es erlaubt, mit einem einfachen Hebeldruck die Maschine zum Stehen und Stopfen herzurufen. Die Möbelausstattungen der Ferienmaschinen sind dem modernen Geschmack angepaßt. Die Möbel bilden wirklich Schmuckstücke für unsere Wohnungen.

Unser Eigenwert ist von seinem Zahlungssystem nicht abgewichen. Der Verkauf von Fahrrädern und Nähmaschinen erfolgt an unsere Kolleginnen und Kollegen gegen kleinste Raten von 2,25 bis 3,75 M. pro Woche resp. 9.— bis 15.— M. pro Monat. Unsere Verbandsbüros und alle Ortsausschüsse des DGB, verfügen über Katalog- und Bestellmaterial und geben Auskünfte. In den Großniederlagen, die sich in allen Teilen des Reiches befinden, und in mehreren hundert Abgablagern ist der Bezug direkt ab Lager möglich. Andererseits erfolgt die Zustellung der Fahrräder und Nähmaschinen direkt an den Besteller.

Unser Wert hat auch in dem Notjahr 1930 seine Existenzberechtigung bewiesen. Es bleibt mitfühlend auf dem deutschen Fahrradmarkt. Wir müssen alle dafür sorgen, daß wir führend bleiben. Die Verbände sind die Besitzer des Unternehmens. Wir sind mit ihm verbunden und an seinem Gedeihen interessiert. Emdcar-Fahrräder und Nähmaschinen taufen oder vermitteln heißt darum auch seiner Gewerkschaft dienen.

Wieder mehr als drei Millionen Mitgliederfamilien im Zentralverband deutscher Konsumvereine.

Eine wertvolle Ergänzung der vom Zentralverband deutscher Konsumvereine veranstalteten vierteljährlichen Erhebungen — an denen nur die angeschlossenen Konsumgenossenschaften mit mehr als 400 Mitgliedern teilnehmen — stellen die alle Konsumgenossenschaften des Zentralverbandes umfassenden Kalenderjahrserhebungen dar.

Die Zahl der dem Zentralverband angeschlossenen Konsumgenossenschaften — die sich im Jahre 1914 auf 1109 stellte — ging von 988 am 31. Dezember 1929 auf 974 am 31. Dezember 1930 zurück. Von den ausgeschiedenen Konsumgenossenschaften geriet eine in Konkurs, vier traten in Liquidation, fünf wurden ausgeschlossen, vier traten aus und achtzehn verschmolzen sich mit benachbarten Verbrauchervereinigungen.

Die Zahl der Mitglieder der Konsumgenossenschaften erhöhte sich von 2 992 000 am Schlusse des Jahres 1929 auf 3 050 000 am Schlusse des Jahres 1930. Die seit dem Jahre 1927 nicht mehr erreichte Drei-Millionen-Grenze wurde damit wieder überschritten. Dieses Ergebnis ist um so bemerkenswerter, als durch die laufende Säuberung der konsumgenossenschaftlichen Mitgliederlisten während der letzten sieben Jahre schätzungsweise etwa 1,5 Millionen Mitglieder durch das gesetzliche Ausschlußverfahren aus der konsumgenossenschaftlichen Gemeinschaft entfernt worden sind.

Der Umsatz des Vorjahres konnte zwar nicht gehalten werden, aber der Rückgang des Umsatzes von 1242 Millionen Mark im Jahre 1929 auf 1212 Millionen Mark im Berichtsjahre bewegt sich in vorläufigen engen Grenzen. Die einsetzende Umsatzsenkung um 30 Millionen Mark oder 2,4 Proz. darf um so weniger als schwerwiegend gelten, weil die konsumgenossenschaftliche Umsatzentwicklung im Jahre 1930 auch den Einwirkungen der allgemeinen Preisentwertung unterworfen war. Der deutsche Lebensmittelhandel soll nach den Schätzungen gut unterrichteter Wirtschaftsführer und Wirtschaftskritiker im Jahre 1930 einen Umsatzzuwachs um 9 bis 10 Proz. erlitten haben. — Der Durchschnittsumsatz je Mitglied war für das Jahr 1929 mit 415 M. ermittelt worden. Im Jahre 1930 ist er auf 397 M. zurückgegangen. In dieser Senkung des

Durchschnittsumsatzes je Mitglied ist die wichtigste Ursache des Stillstandes der gesamten Umsatzentwicklung der Konsumgenossenschaften zu suchen. Der Umfang der Bedarfsgegenstände der Konsumgenossenschaftsmitglieder hat sich allgemein verkleinert.

Das Wachsen der konsumgenossenschaftlichen Spareinlagen hat eine Verlangsamung erfahren. Während die Spareinlagen im Jahre 1928 um 90 Millionen Mark und im Jahre 1929 um 77 Millionen Mark stiegen, beträgt die im Jahre 1930 eingetretene Vermehrung nur 32 Millionen Mark. Sie betragen insgesamt 406,362 Millionen Mark. Die eigenen Betriebsmittel (Mitgliederanteils Guthaben und Rücklagen aller Art) haben sich um 8 Proz. vermehrt. Die Anteilguthaben der Mitglieder stiegen von 61,1 Millionen auf 67,3 Millionen Mark. Die Rücklagen aller Art wuchsen von 61,5 Millionen auf 64,8 Millionen Mark. Das Verhältnis der

Tue selbst, was du anderen predigst!

Jeder Mensch, der in seiner Wohnung oder an seiner Arbeitsstelle über einen Gegenstand stolpert, der fahrlässigerweise im Wege steht oder liegt, wird mit ziemlicher Sicherheit kräftig zu schimpfen anfangen. Und er hat auch durchaus recht, wenn er derartige Achtsamkeit und Rücksichtslosigkeit seiner Familienangehörigen oder seiner Arbeitskollegen mit scharfen Worten rügt.



Bestell-Nr. — 302 — der Unfallverhütungsbild G. m. b. H. Berlin W 9, beim Verband der Deutschen Berufsgenossenschaften

Wer aber ist frei von Schuld auf diesem Gebiet? — Wie unendlich oft wird „nur für einen Augenblick“ ein Stuhl oder Schmel, ein Werkzeugkasten, ein Arbeitsstiel, ein Brett oder eine Kiste beiseite gestellt, die dann entgegen der ursprünglichen Absicht viertelstunden- oder gar stundenlang stehen bleibt und vielleicht ganz vergessen wird. Besonders gefährlich ist diese Unsitte in dunklen Räumen und Gängen oder an unübersichtlichen Stellen. —

Man unterschätze nicht die Gefahr eines einfachen Falles oder Sturzes auf ebener Erde! Sind doch im letzten Berichtsjahr des Statistischen Reichsamtes 39 518 Unfälle, darunter 49 tödliche, allein in den berufsgenossenschaftlich versicherten Betrieben vorgekommen. Die Zahl ähnlicher derartiger Unfälle ist noch erheblich größer, wahrscheinlich dreimal so groß!

eigenen Betriebsmittel zum Umsatze der Konsumgenossenschaften war in der Vorkriegszeit günstiger als im letzten Jahr. Aber die im letzten Jahr erfolgte Stärkung der eigenen Betriebsmittel beweist, daß die leitenden Männer in den Konsumgenossenschaften des Zentralverbandes die Vermehrung der Betriebsmittel — und besonders der eigenen Betriebsmittel — als notwendig ansehen. Der Umfang der konsumgenossenschaftlichen Aufgaben ist gegenwärtig erheblich größer als vor sieben Jahren.

Das Ergebnis der letztjährigen Gemeinschaftsarbeit der Konsumgenossenschaften des Zentralverbandes gibt keinen Anlaß zum Frohlocken, jedoch erst recht keinen Grund zur Schwarzseherei und Kopfhängerei. Die Konsumgenossenschaften des Zentralverbandes und ihr großes zentrales Wirtschaftsunternehmen — die Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine G. m. b. H. in Hamburg — haben auch im Jahre 1930 gegenüber den Wirkungen der Wirtschaftskrise eine be-

wundernswerte Widerstandskraft gezeigt. Und je mehr in der kommenden Zeit die konsumgenossenschaftliche Treue wächst, desto sicherer und kraftvoller wird der vorübergehende zum Stillstand getommene Aufstieg der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung fortgesetzt werden können.

Madame Lynch.

In den Gebieten am Äquator wird nicht nur schneller und intensiver gelebt, auch die Erscheinungen des gesellschaftlichen und politischen Lebens stoßen heftiger aufeinander. Wer sich nicht dieser Tatsache bewußt ist, könnte die Ereignisse, die dem jetzt bei der Büchergilde Gutenberg, Berlin, erschienenen Roman „Madame Lynch“ von Herbert Baldus (in Leinen Preis 3 Mark) zugrunde liegen, als maßlos übertrieben ansehen. Der Autor sagt in einem Vorwort, daß er nie übertrieben hat, und daß er im Gegenteil manche Tatsachen nur mit Einschränkungen wiedergab. Herbert Baldus hat sich an das Quellenmaterial gehalten, an die Wirklichkeit, die sonst den Dichter zwingt, zusammenzufassen und zu übersteigern, in diesem Falle aber den Dichter nötig, abzudämpfen und zu mildern. — In der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts wurde die Bevölkerung von Paraguay durch die Diktatur Lopez heimgeführt. Eine Kototte, Madame Lynch, flüchtete den Ehrgeiz dieses Generals an und stürzte ihn und sein Volk in einen mörderischen Krieg, der zu dem blutigsten Kapitel der menschlichen Geschichte gehört. Eine Niederlage nach der andern vernichtete die Armeen des Diktators, aber immer neue Truppen stampfte der General aus dem erschöpften Land heraus. „Sie starben für einen Kaiser, für Diplomaten, Advokaten, Zeitungsschreiber und Parlamentarier, die alle weit entfernt waren; starben für ausländische Minenbesitzer und Terrainspekulanten, die sie nie gesehen hatten; starben für Waffen- und Geldfabrikanten, die geehrt, geehrt und lebend in Europa sahen; starben den sogenannten Heldentod fürs Vaterland. Aber für den Brief, den sie nach Hause hatten schreiben wollen, starben sie nicht.“ Die Lynch trieb den Diktator an, das Volk auszupressen und auszuhungern, sie ließ das Gold gegen schlechtes Papiergeld austauschen, sie war eine Spinne, die ihr Opfer langsam einwickelt, um es dann auszuzugeln. Krüppel, Kinder und Greise füllten die Lüden des Heeres aus, sie starben auf dem Schlachtfeld, aber sie konnten die endgültige Niederlage nicht aufhalten. Sie fielen, und auf der Flucht wurden Lopez und sein ältester Sohn erstochen. Die Lynch aber, die ihr Vermögen zeitig genug in Sicherheit gebracht hatte, siedelte nach Paris über. — Der von H. W. Drehsler illustrierte Roman ist kein Buch für „Schwachbesetzte“, aber er ist ein wichtiges und aufrüttelndes Buch, ein Buch gegen die Diktatur, gegen den Krieg, gegen den Kapitalismus, die von der Sonne des Äquators in ihrer ganzen Schaulichkeit ausgebrütet wurden. Trophäen sich der Roman an Dokumenten und Uebersetzungen hält, hat er die packende Gewalt der kongenitrierten Gestaltung und des Wortes.

Das ausgelassene Kind.

Man sieht im ausgelassenen Kinde meistens das ungezogene Kind, das sich nicht beherrscht und seinen Trieben freien Lauf läßt. „Sei nicht so ausgelassen!“ so mahnen die Eltern dann. „Nimm dich zusammen!“ „Sei schön artig!“

Dabei ist das Ausgelassensein so nötig für unser Kind, so nötig überhaupt für den Menschen. Wir alle müssen uns hin und wieder einmal ausleben können, so recht froh und frei, so ganz ohne Vernunft und Sinn. Denn nur, wenn man mal ein paar ausgelassene, verrückte Tage gehabt hat, kann man einmal wieder eine Zeitlang Mensch sein, wie Goethe sagte.

Im Menschen steckt etwas vom Künstler, der es in seiner Schöpferlust liebt, auch die alltägliche Gleichheit im Kleinen einmal zu überwinden, um er selber zu sein. Dieses öde Gleichmaß, zu dem das Leben uns zwingt, ist gegen das Freie im Menschen. Und wenn das Ausleben natürlich auch innerhalb der ungeschriebenen Regeln des Kulturzusammenseins bleibt, es ist doch einmal etwas anderes, Frisches und Fröhliches. Etwas vom Herrscher steckt dann in uns. Etwas vom Schöpfer. Etwas von dem Bestimmen und Stolzen, zu dem wir Menschen berufen sind.

So ist das Unterdrücken des Ausgelassenseins unseres Kindes ein Bekneipen seiner Fittiche, die da schwingen möchten zu Höhen. Menschen, die immer im Alltagsboden nur wühlen, schweben nie über dem Leben, von wo aus allein das Leben ganz und weit bis in die Ferne zu sehen ist.

Im Ausgelassensein erlebt sich im kindlichen Menschen der freie Mensch. Das ausgelassene Kind erlebt etwas vom Tiefsinn seines Rechtes, seiner Freude, seiner Freiheit. Und darum hat das Kind die ganze große Liebe des Verlebenseins nötig auch im Ausgelassensein. Dr. G. H.

# Aus Beruf und Verband

## Neuabschluss von Tarifverträgen.

### Tapezierergewerbe.

**Frankfurt a. M.** Der Tarifvertrag für die Postreter und Matratzenbetriebe, der seit 8. Mai 1928 bestand, ist wiederum erneuert und mit einigen Änderungen bis zum 1. Februar 1932 abgeschlossen worden. Der Inhalt des Tarifes ist nur gering verändert worden.

**Frankfurt a. d. O.** Mit der Zwangsinnung wurde Ende Januar der Mantelvertrag für das Tapezierergewerbe bis zum 1. März 1932 zum Abschluss gebracht. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 48 Stunden. Im Lohnschlüssel wird durch prozentuale Abstufung der Lohn für die jeweilige Altersstufe festgelegt. Qualifizierte Arbeitskräfte erhalten eine entsprechende Leistungszulage. Bei der Affordarbeit müssen die Stückpreise so festgelegt sein, daß ein 15prozentiger Mehrerdienst erreicht werden kann. Bei Arbeiten außer dem Hause und außerhalb der Stadt, die länger als sechs Stunden dauern, werden 70 Pf. pro Tag Zuschlag bezahlt. Für Ueberstunden sind Zuschläge festgelegt. Ferien werden gewährt je nach Beschäftigungsdauer 3 bis 5 Tage. Die Schlichtung von Streitigkeiten über die Auslegung und die Durchführung des Vertrags untersteht einer paritätischen Kommission. Im Nichteinigungsfall entscheidet der unparteiische Vorsitzende.

**Landsberg a. d. W.** Durch Schiedspruch und der darauf erfolgten Verhandlung vor dem Schlichter wurde für das Tapezierer- und Postlergewerbe in Landsberg ein Tarifvertrag abgeschlossen, der bis zum 1. April 1932 gilt. Die Arbeitszeit beträgt wöchentlich 48 Stunden. Die Löhne sind durch einen Lohnschlüssel prozentual abgestuft. Für qualifizierte Arbeitnehmer ist eine Stundenzulage von 5 Pf. zu zahlen. Bei Affordarbeit müssen die Stückpreise so berechnet sein, daß ein um 15 Proz. höherer Verdienst als der der Zeitlohnarbeiter erreicht wird. Für Defektur und Linoleumleger werden bei Arbeiten außer dem Hause ein Zuschlag von 10 Pf. pro Stunde vergütet. Beschäftigte, die am 1. April über 4 Monate in Betriebe tätig sind, erhalten 4 Tage

Ferien. Dasselbe gilt auch für Arbeitnehmer, die in der Zeit vom 2. April bis zum 31. Mai noch in einem Betriebe eintreten und 4 Monate gearbeitet haben. Der Ferienanspruch steigert sich für die Arbeitnehmer über 18 Jahre nach jedem am 1. April im Betriebe vollendeten weiteren Beschäftigungsjahr um je einen Ferientag bis zur Dauer von 7 Ferientagen. Für Arbeitnehmer unter 18 Jahren beträgt die Feriendauer einheitlich 3 Tage.

**Weihenfels.** Mit dem Sattler- und Tapezierergewerbe im Stadt- und Landkreis Weihenfels wurde durch Vereinbarung der alte Tarifvertrag mit einigen Ausnahmen wieder abgeschlossen. Die Abänderung besteht sich auf unwesentliche Punkte. Arbeitszeit: 48 Stunden pro Woche. Ferien: 3 bis 6 Tage, je nach Beschäftigungsdauer. Der Vertrag gilt bis zum 30. September 1931.

### Fahrzeugindustrie.

**Köln a. Rh.** Mit dem Verband der Automobil-, Karosserie- und Fahrzeugfabriken und Werkstätten e. V. in Köln und den interessierten Verbänden der Metallarbeiter, Holzarbeiter, Lackierer und ulerem Verband wurde am 17. Januar 1931 ein Tarifvertrag, der bis zum 31. Dezember 1931 gilt, abgeschlossen. Arbeitszeit wöchentlich 48 Stunden. Für Ueberstunden werden 20 bis 60 Proz. bezahlt. Ferien werden gewährt: nach einem halben Jahr 3 Tage, nach 1 1/2 Jahren 5 Tage, steigend bis zu 9 Tagen nach 6 1/2-jähriger Beschäftigung. Affordarbeit muß so festgelegt werden, daß ein Arbeiter bei durchschnittlicher Leistung 15 Proz. über den Mindestlohn seiner Gruppe verdient. Beachtlich ist ferner, daß für die Lehrlinge im Tarifvertrag die Lehrzeit festgelegt ist. Auch die Vergütung ist folgendermaßen geregelt: Im ersten Jahre der Lehrzeit werden 15, im zweiten 20, im dritten 33 1/2 und im vierten 50 Proz. des Stundenlohns des erwachsenen Handwerkers über 22 Jahre (Gruppe 2) dem Lehrling bezahlt. Die übrigen Bestimmungen regeln die sonstigen Arbeitsbedingungen.

## Wiener Jubiläumsmesse.

Soeben fand in Wien eine Jubiläumsmesse statt. Es war die 20. Messe seit der Gründung dieser wertvollen mittel- und osteuropäischen Musterchau. Die ledererarbeitenden Industrien stehen hier seit jeher im Vordergrund. Zu den wertvollsten Exporterzeugnissen Wiens zählt ja die Lederwarenindustrie und Taschenwarenbranche.

Die Ausstellung von Damenhandtaschen ergab eine prachtvolle und reichhaltige Musterchau für den Sommer. Neben Ziegen- und Kalbleder konnten Egoten ihren führenden Rang behaupten, obwohl man bisher dies fast angenommen hatte, daß die notwendigen Sparmaßnahmen in der Herstellung die Verwendung teurer Leder erschweren würde. Als Neuheit wurde Schaf- und Ziegenleder in Walrohpantastiepreßung gezeigt, ferner weißer Saffian, apart mit schwarzem Leder kombiniert, sowie ostindisches Ziegenleder mit modernen handgemalten Mustern. Sehr viel Verwendung fand auch diesmal wieder Seehundleder, und zwar vor allem grob genarbt. Man hätte nicht erwartet, daß echtes Krottilleder so reichlich verarbeitet worden wäre, wie es für diese Messe gesehen ist. Obwohl man auch viel buntes Krottilleder sah, blieb doch braunes weitaus im Vordergrund. Buntes Samtleder kam nur für kleine Zipp-Unterarmtaschen in Gebrauch. Im Hinblick auf die bevorstehende Sommerreise fanden kleine Damenhandtaschen in Weinen und Bastgeflecht Anklang. Sowohl in bezug auf das Material wie auf dessen Verarbeitung sind hier Neuheiten zu verzeichnen.

Oesterreichische und deutsche Erzeuger moderner Verchlüsse standen miteinander in erfreulichem Wettbewerb. Neben hochwertigem Material, wie Silber und Schildpatt, gelangte auch Holz, Galalith usw. in geschmackvoller Weise viel zur Verwendung. Die neuen Verchlüsse machen nicht den Eindruck, willkürlich den Taschen angefügt zu sein; obwohl sie ja nicht in der Taschenwarenwertstatt erzeugt werden, gelingt es doch, einen sehr geschmackvollen Zusammenhang zwischen Tasche und Verchluß zu finden. Gerade dieser Umstand scheint uns für die Mode von heute besonders bezeichnend. Der Verchluß ist nicht lediglich eine unentbehrliche Vorrichtung, er bildet auch einen integrierenden Bestandteil des gesamten Artikels. Je nach dem Charakter der Tasche, ob sie nun für Vormittag und Sport oder für Nachmittag und Abend bestimmt sei, ob sie eine schlichte, geradlinige Form aufweist oder belebtere Linien, immer steht der Verchluß in sinnvoller Beziehung zum Ganzen. Die Wiener Erzeugung stellt sich auf

diesem Gebiete gleichwertig der reichsdeutschen zur Seite.

Die Reisezeit kündigte sich durch eine lebhaftere Beschäftigung der Musterchau von Kofferwaren und Reiseartikeln an. Leider sind ja die allgemeinen Wirtschaftsvorhältnisse so ungünstig, daß dem Hochwertigen, das die Messe bietet, keine entsprechende Kaufkraft gegenübersteht. Auf jeden Fall ist es aber bezeichnend, daß die Herstellung zwar mit Erfolg das Bestreben zeigt, sparsam zu produzieren, daß aber ein wirklicher Rückgang in der Qualität nicht befürchtet werden muß. Gewiß werden heute wohlfeile Erzeugnisse in Taschen, Portefeuilles, Handtaschen usw. mehr angeboten als früher, aber auch der hochwertigen Artikel behält seine Bedeutung.

Die Jubiläumsmesse, die im Zeichen arger Wirtschaftsdpression stand, konnte keine wirklich erfreulichen Ergebnisse zeitigen, man kann aber aus manchen Beobachtungen die Hoffnung ableiten, daß der Höhepunkt der Krise vielleicht doch schon überschritten ist.

## Jahresbericht des Ostgaues.

Die schon im Jahresbericht 1929 aufgezeigten Schwierigkeiten haben sich im vergangenen Jahre darauf gelagert, wie sich das am Jahreschluß 1929 kein Mensch auszubenten magte.

Die besondere Notlage der östlichen Wirtschaftsgebiete ist allgemein anerkannt und sie wirkt sich naturgemäß auch auf die von uns vertretenen Gewerbegruppen aus. Die Volkserwerbslosigkeit im Ostgau betrug im Jahresdurchschnitt 39,8 Proz. und lag damit 4 Proz. höher als der Reichsdurchschnitt und 18,3 Proz. höher als der Durchschnitt des Ostgaues im Vorjahre. Auch in diesem Jahre steht mit 42,7 Prozent durchschnittlicher Erwerbslosigkeit Rommern an der Spitze. Ostpreußen folgt unmittelbar mit 42,3 Proz. und Schlesien sowie Brandenburg liegen mit 39,6 bzw. mit 36,1 Proz. noch wesentlich höher als der Durchschnitt im Reich.

Daß sich unter dem seit April von Monat zu Monat steigendem Druck der Erwerbslosigkeit am Schluß des Jahres keine äußerlich sichtbaren Erfolge feststellen lassen, ist ohne weiteres klar; es mußte sich der Wille vielmehr in erster Linie darauf konzentrieren, das Bestehende zu halten und auszubauen. Besonders gefährdet sind in solchen Zeiten natürlich die jungen Ortsverwaltungen, wo sich das Band der Solidarität noch nicht genügend zu festigen vermochte. So brachte uns die Oktoberwerbung gewiß an einigen Plätzen achtbare Erfolge, die aber durch

Verluste an anderen Stellen im Laufe des Jahres mehr als aufgewogen wurden.

Die von der Zentrale eingeleitete Werbung unter den Jugendlichen hatte für den Ostgau ein recht erfreuliches Ergebnis. Mit diesem Erfolge wurde unzweifelhaft der am Jahreschluß festzustellende Mitgliederrückgang in mäßigen Grenzen gehalten. Wenn sich dieses Ergebnis auch nicht zahlenmäßig für die Jugendgruppe selbst auswirkt, so liegt das daran, daß ein Teil der Lehrlinge im Laufe des Jahres zur Sparte der männlichen Mitglieder hinüberzugeschleift.

Noch die ersten Monate des Jahres 1930 standen im Zeichen des organisatorischen Aufstiegs. Wir konnten in Fürstberg Fuß fassen und von dort wurde Kadensbrück bearbeitet. In Gleiwitz konnten wir die Tapezierer der Organisation zuführen und einen Tarifvertrag für sie abschließen. Die abgelaufenen Verträge wurden z. T. noch verbessert. Im April kam die Aufbauarbeit ins Stocken und die Bezirkskonferenz für Ostpreußen, die am 3. August in Elbing tagte und in erster Linie die Grundlage zu einer besseren Zusammenarbeit der einzelnen Ortsverwaltungen schaffen sollte, stand schon vollkommen im Zeichen der Stagnation.

Während sich die Parole „Preisabbau“ zunächst nur theoretisch auswirkte, fand die Parole „Lohnabbau“ sofort praktische Anwendung. Schon am 29. Juli hatten uns die schlesischen Lederwarenfabrikanten das laufende Lohnabkommen gekündigt und die am 21. September in Breslau tagende Bezirkskonferenz nahm hierzu Stellung.

In der Lederwarenindustrie bekamen die Arbeiterinnen in Schlesien am 1. Januar 2 Pf. Lohnzulage, wie das in der Vereinbarung vom 13. August 1929 festgelegt war. Das zum 1. Oktober gekündigte Lohnabkommen wurde nach langwierigen Verhandlungen schließlich bis zum Jahreschluß verlängert. Der Vertrag für Ostdeutschland besteht unverändert weiter.

Die Tapeziererbranche hatte am Schluß des ersten Quartals 26,5 Proz. Erwerbslose und wir konnten trotzdem noch einige Werbeerfolge buchen. In Hinderburg, Gleiwitz und Fürstberg wurden neue Mitglieder gewonnen. Die in Reuthen und Kottbus im Juli und August gekündigten Verträge wurden unverändert erneuert. Auch alle übrigen Anträge auf Abbau des Lohnes konnten bis zum Jahreschluß abgewehrt werden. Im Laufe des Jahres hat sich die Erwerbslosigkeit in dieser Branche erheblich verschärft. Tragisch ist für unsere Kollegen, daß sich selbst eine vorübergehende Besserung nicht unmittelbar am Arbeitsmarkt auswirkt, weil die allgemein schlecht beschäftigten zahlreichen Kleinmeister die Bewegung abfangen. Die neu gegründete Ortsgruppe Fürstberg ging wieder ein, weil die Fabrik „Balau“ durch Brand zerstört wurde.

Im Waggonbau hat sich die verhältnismäßig günstige Lage im Jahre 1929 in diesem Jahre nur in Grünberg gehalten. An den übrigen Plätzen brachte jeder neue Monat größere Erwerbslosenziffern. In Görlitz waren am Jahreschluß 76,6 Proz. dieser Sparte erwerbslos.

In Viegnitz wurde der größte Karosseriebetrieb „Hannemann“ geschlossen. In Brandenburg waren am Jahreschluß 79,4 Proz., in Danzig 84,0 Proz. und in Stettin 73,9 Proz. der im Fahrzeugbau Beschäftigten erwerbslos.

Die Treibriemer, die im Gegensatz zum Fahrzeugbau im allgemeinen eine ruhige Entwicklungslinie zeigen, sind nach zum Teil erheblicher Kurzarbeit ebenfalls mit in den Strudel der Arbeitslosigkeit gezogen worden. Hier besteht allerdings die Hoffnung, daß die Kollegen in die Betriebe zurückgenommen werden, wenn sich die Großindustrie belebt.

Die Handwerksattler treten als selbständige Gruppe nirgends in Erscheinung. Im Handwerkskammerbezirk Berlin, in Stettin und Görlitz sind sie tariflich erfasst; doch gehen die Zahlen der Beschäftigten weiter zurück.

Von der Jugend und für die Jugend ist auch im vergangenen Jahre fleißig gearbeitet worden. Die Zusammenarbeit war vom Geiste echter Kameradschaft und Freundschaft getragen. In Zeiten, wie wir sie jetzt durchleben, werden an jeden einzelnen ganz besondere Anforderungen gestellt, denen nicht alle gewachsen sind. Es wird vielleicht ein Teil Spreu verstreuen; aber der tatsächliche Kern der Bewegung wird sich um so fester zusammenschließen und den einmal als richtig erkannten Weg nicht verlassen. Gewiß wird auch das kommende Jahr überwiegend im Zeichen der Abwehr stehen. Unsere Aufgabe muß es daher sein, die Geschlossenheit und Schlagkraft der Organisation zu erhalten und durch vertrauensvolle Zusammenarbeit die Voraussetzungen zum Wiederaufstieg zu schaffen, wenn uns eine günstigere Wirtschaftslage den Weg hierzu frei macht. P. Ohg.

### Abjafrife in der amerikanischen Autoindustrie.

Die Zeile auf dem amerikanischen Automobilmarkt hat im Jahre 1930 einen Rückgang des Absatzes um etwa 33 Proz. herbeigeführt. Recht günstig haben dabei die beiden Riesenkonzerne Ford Motor Co. und General Motors Corporation abgeschnitten und ihre Position auf Kosten anderer Betriebe bedeutend gestärkt. Der Absatz der Ford-Werte belief sich auf 1 065 097 Personentransportwagen gegen 1 310 135 Wagen im Jahre 1929, der Kleinhandelsabsatz der General Motors Corporation wird mit 906 164 Wagen gegen 1 271 129 Stück im Vorjahr ausgewiesen.

Zu welcher beträchtlichen Kräfteverschiebung innerhalb der amerikanischen Automobilindustrie Abjafrife und Konkurrenzverschärfung geführt haben, geht daraus hervor, daß im verfloffenen Jahr die Ford-Werte, die zudem mühsam gewonnenen Vorsprung vor dem ebenbürtigen Konkurrenten noch weiter ausgedehnt haben, am amerikanischen Gesamtabsatz mit 40 Proz. (i. B. 34 Proz.) und die General Motors mit 34 Proz. (i. B. 33 Proz.) beteiligt waren. Auf beide Konzerne zusammen entfielen 74 Proz. des Gesamtabsatzes gegen 67 Proz. im Vorjahr, so daß es nicht verwunderlich ist, daß bei den übrigen Werten, von wenigen Ausnahmen abgesehen, Abwärtstrend und -kampf um die Märkte die Rentabilitätsentwicklung äußerst ungünstig beeinflusst haben.

Interessante Aufschlüsse über die Entwicklung der Ford Motor Company Aktien-Gesellschaft gibt der Bericht von der Generalversammlung derselben. Im ganzen wurden in Deutschland im Jahre 1930 13 776 Fahrzeuge, also 25 Proz. mehr als im Jahre 1929 verkauft. Der Umsatz für 1931 wird auf 17 000 Einheiten geschätzt. Die Gesellschaft hat jetzt etwa 25 Proz. des deutschen Autoabsatzes in der Hand, weit über darauf hin, daß bisher 75 Proz. der Verkaufspreise als Zahlungen für Material, Zoll, Gehälter und Löhne, Steuern und Provisionen in Deutschland bleiben. Nach Inbetriebnahme der Kölner Fabrik werden etwa 95 Proz. deutsches Material verwendet.

Der Maschinenpark in Köln wird aus etwa 1000 Maschinen bestehen und imstande sein, innerhalb einer Schicht 75 Personentransportwagen und etwa 35 Lastwagen fertigzustellen. So können bei dreifacher Schicht täglich etwa 200 Einheiten angefertigt werden, was, aufs Jahr gerechnet, 60 000 bis 70 000 Einheiten ausmacht. Im ersten Jahr sollen 1500 bis 2000 Leute dort beschäftigt werden.

### Ungarordenlicher Kongreß des Angarischen Gewerkschaftsbundes.

(33.) Die Lage der ungarischen Arbeiterschaft hat sich im vergangenen Jahr dauernd verschlechtert. Die Zahl der Arbeitslosen ist im Bundesdurchschnitt nicht weniger als 21,8 Proz. gestiegen. Im Januar 1930 zählten die Gewerkschaften, die insgesamt etwa 110 000 Mitglieder umfassen, 21 500 Arbeitslose, im Januar dieses Jahres 28 100. Insgesamt gibt es in Ungarn zur Zeit mindestens 152 000 erwerbslose Industriearbeiter. Da keine gesetzliche Arbeitslosenversicherung vorhanden ist, drückt die ganze Last der Arbeitslosensicherung auf die Gewerkschaften. Diese haben denn auch im abgelaufenen Jahre nicht weniger als 1,6 Millionen Pengö an Arbeitslosenunterstützungen ausgezahlt. Zieht man die übrigen Unterhaltungen in Betracht, so kommt man auf einen Gesamtbetrag von 2,6 Millionen Pengö. Was die Lebenshaltung der ungarischen Arbeiter betrifft, so ist charakteristisch, daß sich der durchschnittliche Wochenlohn eines industriellen Facharbeiters kaum auf 40 Pengö stellt, während das wöchentliche Existenzminimum mindestens 73 Pengö beträgt. Erreicht ist, daß sich die Mitgliederzahl der Landeszentrale trotz dieser ungünstigen Verhältnisse und trotz einer beträchtlichen Auswanderung kaum verändert hat.

Im Hinblick auf die wesentliche Verschlechterung der Wirtschaftslage und der Lage der Arbeiterschaft hielt der Ungarische Gewerkschaftsbund vergangene Woche einen außerordentlichen Kongreß ab, der eine Resolution annahm, in der insbesondere auf die langsame Ausführung der von den Behörden wiederholt verprochenen öffentlichen Arbeiten hingewiesen wird. Es wird von der Regierung die Einstellung einer systematischeren Wirtschaftspolitik und insbesondere auch ein energischeres Auftreten gegenüber dem Bankkapital verlangt, das auch heute noch (wie übrigens in den meisten Ländern des Balkans und des nahen Ostens v. K.) mit ungebändigtem hohen Zinsen die Ankerbelagerung der Wirtschaft unmöglich macht. In der Arbeitszeitfrage sprach sich der Kongreß für die allgemeine und gesetzlich gewährleistete Verkürzung des Achtstundentages beziehungsweise der 40-Stunden-Woche aus. Ferner soll die Regierung eine Erhebung einleiten, um festzustellen, in welchen Industrien zur Bekämpfung der Arbeits-

losigkeit die Einführung der 40-Stunden-Woche nötig erscheint. Auf sozialpolitischem Gebiet verlangte der Kongreß die sofortige Unterbreitung eines Gesetzes über die obligatorische Arbeitslosenversicherung. Ferner soll zur sofortigen Unterstützung der Erwerbslosen ein außerordentlicher Hilfsfonds geschaffen werden, zu dem Arbeiter, Arbeitgeber und Staat im gleichen Verhältnis beitragen. Zum Schluß konstatierte der Kongreß, „daß die Mehrzahl der Werttätigen Ungarns nicht in der Lage ist, das tägliche Brot zu verdienen. Diese Sachlage bringt die größten Gefahren mit sich, und der Kongreß macht jene dafür verantwortlich, die nicht die nötigen und möglichen Maßnahmen ergreifen, um einer Katastrophe zuvorzukommen“.

### 5 1/2 Proz. Lohnabbau bei den Schuhmachern.

Nach dreitägigen Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium kam es unter dem Vorsitz des Regierungsrats Doberstein zu einem Schiedspruch, der eine Lohnkürzung von 5,26 Proz. bedeutet. Die zahlreichen Anträge der Unternehmer zur Verschlechterung der Bestimmungen des Manteltarifvertrages konnten abgewehrt werden. Der Schiedspruch wurde von beiden Parteien angenommen. Die Laufdauer des neuen Manteltarifvertrages wurde auf 1 1/2 Jahr, die des Lohntarifes auf ein halbes Jahr festgelegt.

### Frankreich — „Gewerkschaftseinheit“.

Die Diskussion über die „Gewerkschaftseinheit“ (das heißt im vorliegenden praktischen Fall über die Wiedervereinigung der Anhänger des abgepaltenen kommunistischen Gewerkschaftsbundes mit dem ursprünglichen französischen Gewerkschaftsbund) nahm sowohl auf dem letzten Kongreß wie in den nachfolgenden Ausschüßungen der „Confédération Générale du Travail“ ihren Raum ein. Jetzt finden in der französischen Gewerkschaftspresse lebhafteste Diskussionen darüber statt. In zwei Artikeln der gewerkschaftlichen Tageszeitung „Le Peuple“ sprach sich Jouhaux über die Frage aus. Sein Standpunkt ist, daß die Vereinigung sich nur von unten herauf vollziehen kann. Sie durch die Leitung des Bundes zu vollziehen, wäre eine Mißachtung der Autonomie der einzelnen Verbände und der gewerkschaftlichen Bezirksorganisationen. Im übrigen gelten nach wie vor in dieser Frage die Beschlüsse der Gewerkschaftskongresse und der Ausschüßungen. Aus dem internationalen Blickfeld stellte sich die Frage folgendermaßen dar: Niemand könne leugnen, daß die Errichtung der Roten Gewerkschaftsinternationale die Spaltung gebracht habe. Da die Spaltung existiert, habe man ihr Rechnung zu tragen. „Die Erfahrung zeigt, was aus den Organisationen geworden ist, welche glaubten, sich zwischen der Moskauer und Mosauer Richtung halten zu können.“ Man brauche hier nur an das Beispiel Norwegens zu denken, man halte sich das Beispiel Finnlands gegenwärtig. Auch dort glaubte man die Spaltung verhindern zu können, aber sie wurde von den Vertretern der Moskauer Richtung durchgeführt. „Genug andere Beispiele zeigen ebenfalls, daß es unmöglich ist, eine Entschädigung zu vermeiden. Solange, wie die sowjetischen Denker der Komintern und ihrer Filiale der Profintern sich nicht andere Auffassungen zu eigen machen, besteht das beste Mittel, die Gewerkschaftsbewegung zu lähmen und in künftiger Zerrissenheit zu halten, darin, sich zwischen zwei Säulen zu setzen... Die Richtlinien von Moskau lassen sich in die Worte zusammenfassen: Die Spaltung erhalten, wo sie schon besteht, und sie um jeden Preis provozieren, wo sie noch nicht besteht. Diese Richtlinien sind die Vereinigung der gewerkschaftlichen Organisationen.“ Das zeige sich auch darin, daß die Moskauer sich jetzt an die Unorganisierten wenden, um mit diesen Streikkomitees zu bilden. Man werde nicht verlangen können, daß der Gewerkschaftsbund sich zu dieser Methode bekenne. „Gewerkschaftseinheit, sowohl, aber im Rahmen der wirklichen Gewerkschaftsorganisation, und das ist die U.S.T.“ Jede andere Art der Einigung führe in einen unentzerrbaren Zirkel der Hilflosigkeit.

Den gleichen Sinn brachte eine Resolution des Ausschusses der Beamtenorganisationen des französischen Gewerkschaftsbundes zum Ausdruck.

### Arbeitslosigkeit und Einwanderungsbeschränkungen.

I.A.B. Die als Folge der Weltwirtschaftskrise in allen Industrieländern auftretende Arbeitslosigkeit, von der nach den Schätzungen des Internationalen Arbeitsamts etwa 20 Millionen Menschen betroffen werden, führt in allen Einwanderungsländern zu mehr oder weniger weitgehenden Einwanderungs-

beschränkungen. Argentinien hat bereits am 16. Oktober 1930 zur Verhinderung unerwünschter Einwanderung durch einen Erlass bestimmt, daß Seeleute, die in Argentinien an Land gehen wollen, nach Ankunft des Schiffes alle für Einwanderer gesetzlich vorgeschriebenen Formalitäten erfüllen müssen.

Durch einen Erlass vom 14. Dezember 1930 hat Brasilien ebenfalls als eine der Maßnahmen zur Bekämpfung der einheimischen Arbeitslosigkeit die Ausschiffung von Passagieren dritter Klasse verboten, sofern sie nicht in Brasilien ansässig oder mit einer Bescheinigung, die ihre Zulassung für landwirtschaftliche Arbeiten vorzieht, versehen sind oder einen ordnungsmäßigen Arbeitsvertrag nachweisen. Ähnliche Vorschriften sind in den letzten Monaten in Nicaragua und der Dominikanischen Republik ergangen.

Dem Senat und dem Abgeordnetenhaus der Vereinigten Staaten von Nordamerika liegen Anträge vor, die Einwanderung für einen bestimmten Zeitraum ganz zu verbieten. Am 16. Dezember hat sich der Einwanderungsausschuß der Kammer für diesen Vorschlag ausgesprochen.

In Australien hat die Bundesregierung beschlossen, jede fremde Einwanderung in Australien solange zu verbieten, bis die wirtschaftlichen Verhältnisse sich gebessert haben.

### Internationaler Gewerkschaftsbund 1927—1930.

In einem umfassenden Band legt Iosben der Internationalen Gewerkschaftsbund seinen Tätigkeitsbericht vor (Tätigkeit und Bestrebungen des Internationalen Gewerkschaftsbundes 1927 bis 1930). Neben dem Bericht über den im Juli 1930 in Stockholm stattgefundenen Internationalen Gewerkschaftskongreß enthält der Band das neue Wirtschaftsprogramm und den Entwurf eines sozialpolitischen Programms. Die Kommission, die 1926 vom Internationalen Gewerkschaftsbund für die Behandlung der Jugend- und Bildungsfragen eingesetzt wurde, hat ein Jugendbildungsprogramm ausgearbeitet, das in dem Tätigkeitsbericht niedergelegt ist und das sich mit den Fragen des Jugendschutzes, der Berufsausbildung der Jugendlichen und ihrer Organisierung beschäftigt. Für den Schutz der Frauenarbeit wurden vom Internationalen gewerkschaftlichen Arbeiterinnenratomtee Grundzüge ausgearbeitet, die die wichtigen gewerkschaftlichen Forderungen zum Ausbau des Arbeiterinnenschutzes enthalten.

Trotz der Verschlechterung der Wirtschaftslage in sämtlichen Ländern nahm sowohl die Mitgliederzahl wie auch die Zahl der angeschlossenen Landeszentralen zu. In der Berichtsperiode iraten dem Internationalen Gewerkschaftsbund neu bei die Griechische Gewerkschaftsbund, die Estländische Gewerkschaftszentrale und der Arbeiterverband für Südafrika. Was die Mitgliederzahl anlangt, so hatten vor allem Deutschland und Schweden ein beträchtliches Anwachsen ihrer Mitgliederzahlen aufzuweisen. Deutschland steht mit keinen fünf Millionen Gewerkschaftsmitgliedern an der Spitze der angeschlossenen Landeszentralen, ihm folgt Großbritannien mit 3,6 Millionen Gewerkschaftsmitgliedern, dann Oesterreich mit 766 000, Frankreich mit 640 000, die Tschechoslowakei mit 544 000 und Belgien mit 528 000 Gewerkschaftsmitgliedern. Insgesamt sind dem Internationalen Gewerkschaftsbund 27 Landeszentralen mit rund 14 Millionen organisierten Gewerkschaftsmitgliedern angeschlossen.

### Berichte aus den Verwaltungsstellen

Grünberg in Schlesien. Anschließend an den letzten Bildungsabend am 9. März 1931, in dem Kollege Walter (Breslau) über Geopolitik vor den Funkkollegen sprach, lautete diesmal sein Vortrag: „Entwicklung des Kapitalismus und seine Unternehmungsformen“. Kollege Walter war erstent darüber, daß ihm Gelegenheit gegeben sei, bei uns zu sprechen, und betonte, daß die kleinen Ortsverwaltungen doch mehr mit Referenten beschäftigt sein müßten, denn Auskunft für hier am Plage. Ausgehend von der mittelalterlichen Stadt- und Hauswirtschaft kam er auf die heutige kapitalistische Wirtschaftsform zu sprechen. Erläuterte die gesellschaftlichen Unternehmungen, wie Kommandit-, Aktien-, Offene Handelsgesellschaften, Kartelle, Syndikate usw. und deren Tätigkeit, ihre Zusammensetzung und die Verwaltung derselben. Zum Schluß hob er hervor, daß diese Unternehmungen sich zu einer ungeheuren Macht emporgeschwungen haben. Der vorlesende Kollege dankte für den sehrreichen Vortrag aus und stellte das Gehörte zur Diskussion, wobei den Kollegen die gewünschte Aufklärung zuteil wurde. Erich Rahl

### Streiks und Lohnbewegungen.

#### Tapezierer.

**Bauhen.** Mit der Tapeziererzwangsinnung wurde ein neues Lohnabkommen abgeschlossen. Der Tarifmindestlohn beträgt vom 1. 3. 31 bis zum 31. 5. 1931 0,92 M.

**Flensburg.** Mit Wirkung vom 1. 4. 1931 bis zum 30. 9. 1931 beträgt der Tarifmindestlohn 0,93 M.

**Schwerin.** Am 18. 3. wurde ein neues Lohnabkommen getätigt, wonach der Mindestlohn vom 1. 4. 1931 bis zum 30. 9. 1931 0,99 M. beträgt.

#### Treibriemen.

**Freistaat Sachsen.** Am 12. März tagte das Lohnschlichtegericht für den Freistaat Sachsen und Erfurt. Danach beträgt der Mindestlohn in der Ortsklasse I und Erfurt 0,94 M., Ab 1. 8. 31 erfolgt ein Abzug von 1 Pf. Die Mindestlöhne der Ortsklasse II betragen 93 Proz. Der Lohnstarif hat Gültigkeit vom 16. 3. bis 30. 9. 1931.

### Streiks und Ausperrungen.

In den Orten Hameln, Kaiserslautern und Rabenau stehen in einzelnen Möbelfabriken die Kollegen im Streik beziehungsweise sind ausgesperrt.

In **Altenburg** sind in den Mineralölwerken Rosig zwei Kollegen am Streik beteiligt. Die betreffenden Betriebe sind gesperrt.

Die Ausperrung der Metallindustrie in Bayern ist beendet. Der Wille der Unternehmer, eine größere Verschlechterung gegenüber dem gefällten Schiedsspruch zu erzwingen, ist mißglückt. Beteiligt waren wir in Nürnberg und München mit annähernd 40 Kollegen.

### Allgemeinverbindlichkeitserklärung.

Durch Entscheidung des Reichsarbeitsministers vom 9. 3. 1931 wurde der am 20. 1. 1931 abgeschlossene Lehntarif für das Tapezierer- und Sattlergewerbe im Freistaat Baden und Ludwigshafen für Allgemeinverbindlich erklärt.

Die Allgemeinverbindlichkeitserklärung ist eingetreten am 11. März 1931 auf Blatt 8320 iSd. Nr. 8 des Tarifregisters mit Wirkung vom 1. März 1931.

### Sprachkurse.

Anfang April beginnen in der Sprachenschule der Arbeiter und Angestellten Groß-Berlins die neuen Anfängerkurse (Abendunterricht) für Teilnehmer ohne Vorkenntnisse in folgenden Sprachen: Englisch, Russisch und Französisch. Für Teilnehmer mit Vorkenntnissen werden besondere Mittel- und Oberkurse eingerichtet. Gleichzeitig beginnt ein Kursus „Nichtiges Deutsch“ (Rechtschreibung und Sprachlehre). Auf Wunsch sollen ferner Tageskurse für Teilnehmer mit ungunstiger Arbeitszeit (Schichtarbeiter usw.) eingerichtet werden. Zur Deckung der Unkosten wird für einen Kursus ein Beitrag von 10 M. erhoben. Erwerbslose zahlen die Hälfte. Die Lehrbücher werden in allen Kurulen unentgeltlich geliefert. Anmeldungen (schriftlich oder persönlich) in der Geschäftsstelle der Sprachenschule, Berlin N 54, Rosenfelder Straße 13. Die Geschäftsstelle ist werktäglich bis 21 Uhr geöffnet, außer Sonnabends.

### Rundschau

**Das Handwerk in der Krise.** Lange Zeit hindurch zeigten die Handwerksgruppen des Nahrungsmittelgewerbes (Bäcker und Fleischer), auf die etwa zwei Drittel der Gesamtumsätze des deutschen Handwerks entfallen, in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise eine außerordentliche Widerstandskraft, die erst im Verlaufe des letzten Wirtschaftsjahres 1930 eine merkliche Einbuße erfuhr. Vor allem hat der durch die anhaltende und schnell anwachsende Arbeitslosigkeit bedingte Kaufkraftausfall breiter Massen gerade in den letzten Monaten einen beträchtlichen Umsatzausfall bewirkt, der nach Angaben des Konjunkturforschungsinstituts für die Handwerksgruppen des Nahrungsmittelgewerbes bei einem Gesamtumsatz von 9 bis 9 1/2 Milliarden Mark im Jahre 1930 etwa rund

eine Milliarde Mark betragen dürfte. Im Bekleidungs-gewerbe sind die Umsätze verhältnismäßig noch stärker zurückgegangen und sind mindestens mit etwa 10 bis 12 Proz. anzusetzen. Bei einem Gesamtumsatz des Bekleidungs-handwerkes mit 2,8 Milliarden Mark würde das einen Umsatzausfall von einer Drittel-milliarde bedeuten. Besonders stark war der Beschäftigungs-rückgang im Bauhandwerk, das infolge der Einschränkungen im Industrie- und Wohnungs-bau, vor allem infolge der Zurückhaltung im Bauhandwerk, das infolge der Einschränkungen im Industrie- und Wohnungs-bau, vor allem infolge der Zurückhaltung eines großen Teiles der Hauszins-steuermittel, einen überdurchschnittlichen Rückgang der Beschäftigung aufwies. Auch für das laufende Wirtschaftsjahr kann hier kaum eine Änderung erwartet werden, da die Verminderung der Hauszins-steuermittel-Überweisungen die Lage eher noch verschlechtern dürfte. Ausgesamt betrug der Umsatz des deutschen Handwerks 1930 13,5 Milliarden Mark, was gegenüber dem Vorjahr mit einem Umsatz von 13 Milliarden Mark einen Rückgang von anderthalb Milliarden ausmacht.

Die Konzentration der Aktiengesellschaften schreitet fort. Auch das vergangene Wirtschaftsjahr zeigt eine Zunahme der Konzentration des deutschen Aktienkapitals. Die Zahl der deutschen Aktiengesellschaften, die 1925 noch über 13 000 betrug, ging auf 10 970 zurück, gegenüber dem Vorjahr um 374 Gesellschaften. Gleichzeitig wuchs das Nominalkapital dieser Gesellschaften von 19,1 Milliarden im Jahre 1925 auf 24,1 Milliarden am 31. Dezember 1930. Die Fortschritte der Konzentrationsbewegung werden vor allem deutlich im Anwachsen des Durchschnittskapitals der einzelnen Aktiengesellschaft von 1,4 Millionen 1925 und 2,0 Millionen 1929 auf 2,2 Millionen Ende 1930. Die kleineren und mittleren Aktiengesellschaften gehen auch zahlenmäßig zurück, während die großen Unternehmungen mit mehr als 5 Millionen Mark Kapital von 698 im Jahre 1925 und 783 im Jahre 1929 auf 782 im Jahre 1930 anstiegen. Auf diese 782 Unternehmungen entfallen vom gesamten deutschen Aktienkapital in Höhe von 24,1 Milliarden 17,6 Milliarden.

**J. Lewinson Söhne, Landsberg a. d. Warthe, in Zahlungsschwierigkeiten.** Nach einer Meldung des „Berliner Tageblatts“ hat die Ausstattungsfirma Lewinson die Zahlungen eingestellt und die Gläubiger zwecks Einigung um zu beantragenden gerichtlichen Vergleichsverfahren nach Berlin zusammenberufen. Die Verbindlichkeiten belaufen sich auf 344 520 M., und 29 000 bevorrechtigte Forderungen. Dem stehen Aktiven in Höhe von 157 000 M. entgegen.

### Bücherjahr

Im Welken nichts Neues, Reichstag, Presse und Leistungsfähigkeit belassen sich in diesen Tagen wieder mit dem Verbot des Films „Im Welken nichts Neues“. Dieser wird von jedem unbefangenen Beurteiler als ein Kunstwerk von hoher Qualität und erhellender Wirkung bezeichnet. Es ist zu bedauern, daß der Reichsbescheid, die den Film aus eigener Verantwortung zu beurteilen vermögen, so gering ist. Zur rechten Zeit erscheint ein Buch, welches 200 der markantesten und schönsten Bilder des Filmkünstlers, darunter solche, die zum Verbot führten, in wertungswollen Kupferstichen herausbringt. Die Bilder sind mit kurzen Legenden versehen, welche den Film auch für die verständlich machen, die den Roman von Remarque noch nicht kennen. Dem Buch ist weitest Verbreitung zu wünschen. Es beweist, daß wegen der Aufführung des Films an sich ernsthafte Bedenken nicht erhoben werden können, daß sein Verbot tatsächlich nur aus innerschichtlichen Rücksichten erfolgte. Es bedeutet ein Zurückweichen vor den Anfeindungen politisch verhetzter Spießer, die den Film meistens nicht einmal gesehen hatten. Um dem Buch den Weg in Kreise der Arbeiterklasse zu bahnen, bringt die Verlagsgesellschaft des ADGB eine Organisationsausgabe heraus, die nur 1,50 M. kostet und auf 2,85 M.

**Wahre Geisteswissenschaften für das berufstätige Volk.** Heft 1: Wandern, Turner, Sport. Von Prof. Dr. Müller. Heft 2: Leiden im täglichen Leben. Von Prof. Dr. Seligmann. Heft 3: Gesundheit und Körperpflege. Von Prof. Dr. Schill. Heft 4: Die Drogene der Wechseljahre. Von Prof. Dr. Piepmann. Heft 5: Gelübde. Von Prof. Dr. Schüb. Preis je Heft 0,10 M. Zu beziehen von der Verlagsgesellschaft deutscher Kranenaffen, Berlin-Charlottenburg 1, Berliner Straße 157.

Endlich das Richtige für die Gewerkschaftsmitglieder! — Wer seine Gesundheit und Arbeitskraft nicht opfern, kann im wirtschaftlichen Existenzkampf nicht bestehen. Die Kranenaffen sind deshalb seit langem bemüht, gesundheitliche Auffklärung in den Kreisen der Versicherten zu verbreiten. Das Material, das bisher hierfür zur Verfügung stand, ist vielfach zu theoretisch oder zu

feiner. Deshalb sind jetzt diese vollständigen Gesundheitsführer herausgegeben worden. Sie behandeln in knapper aber ausreichender Weise die verschiedensten Gebiete der Gesundheitspflege und Kranenaffen-bekämpfung. Die klare Darstellung wird noch durch interessante Zeichnungen belebt. Am Schluß eines jeden Heftes sind praktische Ratschläge, die auf die tatsächlichen Verhältnisse der Berufsstätigen zugeschnitten sind, in kurze Lehrsätze zusammengefaßt. Man kann sie leicht behalten und befolgen. Jeder Heft geht zu 10 Pf. für eine Broschüre bezogen, die ihm im nächsten Heften von 10 neuen Heften ist.

„Die Arbeit.“ Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde. Herausgeber Theodor Geppert, Schriftleiter Selbke Schmidt, Heft 3, 1931. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes u. V. V., Berlin E 11. Abonnementpreis vierteljährlich 3,70 M., für Gewerkschaftsmitglieder 2,85 M.

### Danksagung

Anlässlich meines 25-jährigen Dienstjubiläums sind mir von vielen Kreisen unserer Kollegen, auch aus meinem früheren Wirkungskreis, zahlreiche Glückwünsche zugegangen.

Da ich nicht jedem einzelnen danken kann, wühle ich diesen Weg, um allen, die meiner ehrenden Gedanken, den besten Dank auszusprechen. Soweit es in meinen Kräften steht, werde ich mich bemühen, auch in der Zukunft Dienst an unseren Kollegen und an der Organisation zu leisten. Denen, die mir in meiner langjährigen Tätigkeit als Mitarbeiter zur Seite standen, gebührt mein besonderer Dank.

Frankfurt a. M., im März 1931.

Ewald Sasch

### Verbandsnachrichten

(Bekanntmachungen des Vorstandes und der Ortsverwaltungen)

Vom 23. März bis 29. März ist der 13. Wochenbeitrag 1931 fällig.

Pünktliche Beitragszahlung erhöht die Kampfkraft des Verbandes.

Berichtskarten pünktlich einreichen.

Die Berichtskarten über Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit Ende des ersten Quartals 1931 sind genau auszufüllen und spätestens bis zum 5. April an die Hauptverwaltung einzuliefern. Stichtag ist Sonntag, der 28. März d. J.

Redaktionschluss für den „Weggenossen“ April 1931 ist Freitag, der 27. März 1931.

### Veranstaltungskalender

**Köln.** Donnerstag, den 26. März, abends 7 1/2 Uhr. Versammlung aller Branchen. Zweiter Vortrag über den Faschismus in Italien.

**Stettin.** Am Freitag, dem 27. März, abends 19 Uhr bei Karr Versammlung für alle Branchen. Vortrag über „Die Forderung des Mieter-schutzes“.

Der Vorstand.

**Jetzt Achtung!** Unsere im April fällige Mitgliedserversammlung findet am Sonnabend, dem 11. April im Restaurant Felsenkeller, Freitragstraße, statt. Tagesordnung: Bericht über den Manteltarifvertragsverhandlung in der Rindermaschinenindustrie. Quartalsabrechnung. Stellungnahme zur diesjährigen Bezirkskonferenz. Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert das Erscheinen der Mitglieder.

Die Ortsverwaltung.

### Sterbetafel

**Berlin.** Am 9. März starb unser langjähriges Mitglied, der Portefeuller Walter G o e b e l, im Alter von 54 Jahren.

**Dresden.** Am 23. Februar starb der Tapezierer Kollege Karl Klingst im Alter von 55 Jahren; am 15. März starb im Alter von 33 Jahren der Treibriemenmacher Kollege Alfred W o s e s.

E h r e i h r e m A n d e n k e n !

Denkt zum Frühjahr an

Euer Eigenunternehmen  
das Lindcar-Fahrradwerk AG., Berlin-Lichtenrade

Niederlagen in allen Teilen des Reiches. — Alle Ortsausschüsse des ADGB. und Geschäftsstellen der Gewerkschaften vermitteln Aufträge.



Fahrräder

und Nähmaschinen billiger!

Kleinste Ratenzahlungen!

Neue Modelle!

Neue Preise!